

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung von 100 Exemplaren 30,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst 4,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Erstattung des Postumschlags und Steuerzuschlag 16,50 M., für das übrige Ausland 21,00 M., gültig für Deutschland und Österreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E. 2, Breite Straße 66.

Die achtspaltige Hauptzeile ober dem roten Raum kostet 4,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleinanzeigen: Das fertige Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Zusätzliche Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,00 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,00 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4518, 4603, 4635, 4649, 4923

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Die Hohenzollern

Es soll schwer sein, in der ganzen Weltgeschichte eine Klasse aufzufinden, die durch so lange Zeit so arm an Geld und Kraft und so übermäßig reich an menschlicher Vermorfenheit gewesen ist, wie die deutschen Fürsten vom 15. bis 18. Jahrhundert.“ (Franz Mehring, Die Volksgeschichte.)

Die ganze Bewegung der deutschen Gegenrevolution steht unter dem Zeichen der Agitation für die Wiederherstellung der Monarchie. Die Kreise, aus denen sich die bewaffnete Geheimorganisation der Reaktion, die Orgesch, rekrutiert und die sie unterstützen, sind Anhänger der Monarchie. Während die rechtsstehenden Parteien, und besonders die deutschnationale Volkspartei sich im November 1918 nach der feigen Flucht der angebeteten Hohenzollern auf den berühmten „Boden der Tatsachen“ stellten, während die deutschnationale Partei in ihrem Wahlaufsatz zur Nationalversammlung erklärte: „Vieles, was uns heilig und teuer war, ist unwiderbringlich dahin“ und versprach: „In jeder durch die Nationalversammlung geschaffenen Staatsform mitzuarbeiten“, haben sich diese Parteien heute zum Träger der monarchistischen Propaganda gemacht. Sie treiben diese Agitation mit allen Mitteln, auch mit dem der Geschichts-Lüge. Das ist ja gerade für das deutsche Bürgertum eine Waffe, die es trefflich zu gebrauchen versteht. In unzähligen Legendenbildungen hat die herrschende Klasse die Geschichte in ihrem Sinne und zu ihrem unmittelbaren Nutzen zurecht gemacht. Ein Beispiel aus jüngster Zeit:

In der Schwerindustrie, national-reaktionären „Post“ schrieb Graf Posadowski am 9. November 1919: „Es wäre eine Uebertreibung, zu behaupten, daß all das politische, wirtschaftliche und sittliche Elend, unter dem unser Volk leidet, eine Folge der Revolution sei, die Ursache hiervon liegt in der seelischen, körperlichen und sittlichen Erschöpfung des Volkes als Folge eines viereinhalbjährigen Krieges, der uns überanstrengt und unsere Widerstandskraft geschwächt hat.“ Und die deutschnationale „Deutsche Tageszeitung“ schrieb am selben Tage: „Wir dürfen nicht vergessen, daß die heutigen Verhältnisse durch einen langen Krieg hervorgerufen sind.“

Nun, die Politik der Reaktion erfordert es, bei dem Kampf gegen die Revolution auch mit der Geschichtslüge zu arbeiten, und so hat denn die nationale Presse die Einsicht vom November 1918 sehr rasch vergessen. Heute kann man täglich in den Blättern des deutschen Bürgertums den Satz lesen, daß an allem Elend die Revolution schuld sei.

Dieses Verfahren ist ja aber nicht neu. Es ist interessant zu beobachten, daß die Propaganda für die Monarchie mit denselben geistigen Mitteln betrieben wird, mit denen im kaiserlichen Deutschland die offizielle Verherrlichung der Dynastie betrieben wurde — trotz der dazwischen liegenden Erfahrungen des Krieges und der Revolution! Auch in dem kommenden Wahlkampf werden die rechtsstehenden Parteien mit dem beliebten Argument auf den Stimmenfang gehen, die verhältnismäßig wirtschaftlich erträglichen Verhältnisse der Vorkriegszeit als das Verdienst der Monarchie zu feiern. Die Wahlen in Sachsen haben bewiesen, welchen Erfolg die deutschnationale Partei mit dieser Propaganda bei den indifferenten Schichten der Bevölkerung — und noch dazu bei Arbeiterbevölkerung! — gehabt hat. Deshalb darf im beginnenden Wahlkampf keine Gelegenheit versäumt werden; um dieser neuen Legendenbildung entgegenzutreten und ihr gegenüber Aufklärung zu schaffen.

Es ist eine Ironie der Geschichte und zugleich ein Zeugnis für die geistige Wandlungsfähigkeit eines innerlich haltlosen Menschen, daß uns für die Zerstörung der Hohenzollernlegenden und für die notwendige Aufklärung just der Mann Material zusammengetragen hat, der heute als Chefredakteur der „Deutschen Zeitung“ an der Spitze der monarchistischen Propaganda steht. Pastor Max Raurenbrecher, dessen größte Sorge heute ist, ob die Kaiserin in Deutschland bearbeitet werden darf, hat vor Jahrzehnten als Mitglied der Sozialdemokratie ein umfassendes Geschichtswerk herausgegeben, das er „Die Hohenzollern-Legende“ nannte und mit dem er über die aus politischen Gründen betriebene Legendenbildung aufklären wollte. Zusammen mit dem Material, was uns die Hohenzollern während des Krieges und nach der Revolution selbst geliefert haben, können wir die Schrift Raurenbrechers sehr gut brauchen: umso mehr, als er uns auch den Maßstab für die geistige Bewertung der monarchistischen Suldichtung in seinem Buche gegeben hat, nämlich folgendermaßen: Raurenbrecher Irrtümer wiederholt von dem „in Ehrfurcht ererbenden Bürgertum“, von den „schwülftigsten Tönen höflicher Ergebenheit und Verehrung“ und von der „byzantinischen Hingebung des Bürgertums“.

Die gegenwärtige monarchistische Propaganda richtet sich in erster Linie auf die zweite Lesende von dem sogenannten „Sozialen Kaiser tum“. Mit dieser Geschichtslüge hat man auch vor dem Kriege die Arbeiter für den Monarchismus zu gewinnen versucht und, was noch schlimmer ist, man hat mit dem widerlichen Brei der demütvollen Hingebung für das Gottesgnadentum der Hohenzollern, die anachronistisch nur mit der „Sorge für die Wohlfahrt des Volkes“ beschäftigt waren, die aufnahmefähigen Gehirne der jungen

Menschenkinder in der Volksschule verkleistert. Heute, wo noch kaum der schlichternste Anfang gemacht wird, mit dieser unwissenschaftlichen, lügenhaften und nur durchsichtigen politischen Zwecken dienenden Geschichtsklitterung aufzuräumen, zersetzt das deutsche Bürgertum entrüstet über eine angeblich parteipolitische Beeinflussung der Schule. Da in der Fortsetzung des Geschichtsunterrichts in der Volksschule nach wilhelminischem System ein ungeheures Hindernis für die Aufklärung der heranwachsenden Jugend und gleichzeitig eine der wesentlichen Stützen der preussisch-deutschen Schulreaktion liegt, sei über dieses bürgerliche Argument zuerst Aufklärung geschaffen. Ein Jahr nach dem Antritt seiner Regierung hat Wilhelm II. seinen berühmten Schulerlass herausgegeben. Wir zitieren daraus im Wortlaut:

„Schon längere Zeit hat mich der Gedanke beschäftigt, die Schule in ihren einzelnen Abteilungen nutzbar zu machen, um der Ausbreitung sozialistischer und kommunistischer Ideen entgegenzuwirken. In erster Linie wird die Schule durch Pflege der Gottesfurcht und der Liebe zum Vaterlande (in Wilhelms Munde heißt das natürlich der Anhänglichkeit an den Monarchen) die Grundlage für eine gesunde Auffassung auch der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu legen haben. Aber ich kann mich der Erkenntnis nicht verschließen, daß in einer Zeit, in welcher die sozialdemokratischen Irrtümer und Entstellungen mit vermehrtem Eifer verbreitet werden, die Schule zur Erkenntnis dessen, was wahr, was wirklich und was in der Welt möglich ist, erhöhte Anstrengungen zu machen hat. Sie muß bestrebt sein, schon der Jugend die Ueberzeugung zu verschaffen, daß die Lehren der Sozialdemokratie nicht nur den göttlichen Geboten und der christlichen Sittenlehre widersprechen, sondern in der Wirklichkeit unausführbar und in ihren Konsequenzen dem Einzelnen und dem Ganzen gleich verderblich sind.“

Daraus geht mit aller wünschenswerten Deutlichkeit hervor, daß Wilhelm II. die Volksschule zu einer ausgesprochen politischen Propaganda zu mißbrauchen wünschte. Die Kinder der Arbeiterbevölkerung, und um diese handelt es sich ja bei der Volksschule in der Hauptsache, sollten also planmäßig in einem Sinne erzogen werden, der der Auffassung ihrer Eltern geradezu entgegengesetzt war. Wenn aber ein bürgerlicher Geschichtsschreiber mit der Ausrede kommen sollte, daß Wilhelms persönlicher Wunsch nicht entscheidend gewesen wäre, so können wir diesem Argument mit einem beweiskräftigen Zeugnis entgegenreten. In diesem Schulerlass hat der damalige Kultusminister von Gohler Ausführungsbestimmungen erlassen, in denen es wörtlich heißt:

„Eine Fülle lebensvoller Anschauungen und sittlich tief und nachhaltig anregender Momente tritt uns aus der Erzählung von der fast ein halbes Jahrtausend erfüllende ununterbrochenen Arbeit der Hohenzollern für ihr Land und Volk entgegen. Deshalb sollen sämtliche preussischen Jugendliche in dem Unterricht der preussischen Jugend eine hervorragende Stelle erhalten!“

Hören wir nun, was zu diesem Unterricht und seiner moralischen Wirkung der jetzige Monarchistenführer Raurenbrecher in seinem genannten Buche auf Grund eines ausgiebigen geschichtlich einwandfreien Quellenmaterials für ein Urteil fällt:

„Der heutige Geschichtsunterricht in der Volksschule gibt den Kindern des Volkes nicht die Wahrheit, so gut oder so schlecht die heutige Forderung sie eben kennt. Er verheimlicht auch nicht nur unbequeme Dinge, wie es auf den Realschulen und Gymnasien wohl auch geschieht. Nein, er dichtet direkt Pumpen in glänzende Wohlstätten um! Es ist einfach nicht wahr, daß das Hohenzollerngeschlecht nur aus einer Reihe glänzender Gestalten, unermüßlich besorgter Landesväter bestand. Die bürgerliche Wissenschaft, trotz aller Belangenheit gegenüber dem Monarchismus, in der auch sie noch versunken, weiß ganz genau, daß es unter den 17 Hohenzollernfürsten von Brandenburg-Preußen genug gewissenlose Präster und sinnlose Verschwender, genug Schwachköpfe und Jammerlappen gab. Sie weiß sehr wohl, daß darin die Hohenzollern nicht um eines Haarsbreite besser sind als andere Fürstengeschlechter auch. Jener im innersten verlaute Hof Friedrich Wilhelms II., seine Zeitgenossen nannten ihn in Spitzschriften „Saul, den Dämon vom Kanonenland“, jener erste König in Preußen, der nicht glaubte ein König zu sein, wenn er nicht eine Maitresse hatte, wie der König von Frankreich; jener Joachim II., dem sogar sein Hofprediger in der Reichenspredigt nur nachsagen konnte, daß „sein Leben und Wandel gar kräftlich und würdig gewesen“; dessen Vater, jener Joachim I., den Luther sehr richtig einen „Huren und Buben“ nannte — um nur die besten Fälle zu nennen; gehören auch die zu der „Fülle sittlich tief und nachhaltig anregender Momente“, von denen der Kultusminister von Gohler schrieb?“

Mit diesen Tatsachen können und müssen wir im beginnenden Wahlkampf der monarchistischen Propaganda entgegenwirken, da sich die indifferenten Schichten der Bevölkerung und — wie die Wahlen in Sachsen bewiesen haben — auch die indifferent gewordenen Arbeiterschaft nur zu leicht für die Zwecke der Monarchisten einsaugen und mißbrauchen lassen.

#### Anfang vom Ende

Die Spaltung der italienischen Partei bedeutet einen Wendepunkt in der Geschichte der dritten Internationale. In wenigen Monaten hat es die Moskauer Diktatur fertig gebracht, die große Anziehungskraft und die fast religiöse Begeisterung weiter Kreise des westeuropäischen Proletariats für den Anschluß an die dritte Internationale zu vernichten und dieser nur die eine Bedeutung zu lassen, Werkzeug einer verblendeten Illusionspolitik zu sein, die die sozialistische Massenbewegung in Westeuropa noch eine Zeitlang schwächen und hemmen kann.

Die italienische Partei war die erste der großen westeuropäischen Parteien, die bereits auf dem Kongress in Bologna (Oktober 1919) mit Begeisterung und bedingungslos den Anschluß an Moskau vollzogen hatte. Sie hatte sich ein rein bolschewistisches Programm gegeben, und stellte in ihrer ganzen Propaganda das Ziel der Diktatur des Proletariats und die Errichtung der Räteherrschaft in den Vordergrund. Als Erkennungszeichen für die Stimmzettel bei den Wahlen wählte sie den Sowjetstern. Ihre Haltung war sowohl in den politischen als gewerkschaftlichen Fragen durchaus revolutionär, und der größte Teil der Führer erwartete mit Ungeduld die unmittelbare revolutionäre Situation und die Ergreifung der Macht. Mit geradezu leidenschaftlicher Hingabe trat die Partei nicht nur für das russische Proletariat, sondern auch für die bolschewistische Regierung ein. Daneben entfaltete sie eine außerordentlich eifrige Propaganda sowohl bei den Landarbeitern als in allen kommunalen Fragen. Sowohl mit der Gewerkschafts- als mit der stark anwachsenden Genossenschaftsbewegung stellte die Partei ein enges Vertrauensverhältnis und eine geschlossene Arbeitgemeinschaft her, die tatsächlich die gesamte Kraft des Proletariats ansammelte.

Daß die italienische Partei nach dem Kriege diese außerordentliche innere und äußere Erstarkung erfahren konnte, verdankte sie in der Hauptsache zwei Umständen. Einmal war bereits vor dem Kriege die Trennung mit den Reformsozialisten vollzogen worden. Die Partei war hierdurch von einem Bleigewicht befreit, das fast alle anderen Parteien nach Kriegsausbruch in den Sumpf des Sozialpatriotismus niederrug. Dann aber war die italienische Partei durch den Umstand begünstigt, daß Italien erst dreiviertel Jahre später in den Krieg eintrat, als die furchtbarsten Wirkungen des Krieges offenkundig, sein imperialistischer Charakter unzweifelbar und das italienische Kriegsziel selbst als ein rein nationalistisch-imperialistisches proklamiert war. Im Kampf gegen den Krieg, der Monate lang gegen die bürgerlichen Kriegstreiber in voller Öffentlichkeit und ohne die Fesseln des Belagerungsstandes geführt werden konnte, wurde die Partei gegen allen Sozialpatriotismus und Sozialimperialismus unempfindlich gemacht, wurde sie immer fester zusammengeschweißt und konnte dann nach Beendigung des Krieges die Früchte ihrer mutigen konsequenten Haltung ernten. Und in diesem Kampfe gegen Militarismus und Imperialismus standen die Führer der heutigen Rechten, die Treves, Turati und Modigliani mit in erster Reihe. Es ist nur eine Behauptung Sinowjews, also eine bewusste Verleumdung, diese Genossen als „Sozialverräter“ hinzustellen. Aus dieser Tradition der Partei erklärt sich auch, daß die italienische Partei geschlossen zur dritten Internationale ging.

Jetzt hat Moskau die Spaltung oder richtiger den Ausschluß dieser Partei aus der Internationale vollzogen. Und die Gründe? Alles konnte die italienische Partei für den russischen Bolschewismus tun, nur eines nicht: sie konnte nicht bewusst das italienische Proletariat in eine blutige Niederlage hineinführen, sobald die Führer nach gewissenhafter Prüfung und ihrer besten Ueberzeugung folgend, die Gewissheit haben mußten, daß ein revolutionärer bewaffneter Aufstand unmöglich sei, daß eine Räteherrschaft, selbst wenn sie vorübergehend zu errichten, auf die Dauer nicht zu halten wäre. Und so verlangte die italienische Partei, diese kommunistische, der dritten Internationale angehängte Partei, deren Vertreter Serrati in Moskau im besten Glauben wiederholt gesagt hatte, daß er in verschiedenen Fragen radikalere Ansichten vertritt als die vorgelassenen Leitfäden, nur das eine: sie müsse selbst den Zeitpunkt für die revolutionäre Erhebung wählen können, sie könne ihn nicht von Moskau bestimmen lassen. Die Partei war bereit, alle den organisatorischen Forderungen zu unterwerfen. Nur eins wollte sie nicht: das ihrer Führung anvertraute italienische Proletariat zum Kanonensfutter für die russischen Revolutionsphantasten und Machtillusionisten zu machen! Das konnte Serrati nicht erfüllen, weil er noch Verantwortungsfühl und politischen Verstand besitzt. Deshalb mußte die Partei gespalten werden und eine kleine Stoktruppe unter der Führung von politischen Phantasten als „italienische kommunistische Partei“ begründet werden, die weder Verantwortungsfühl noch politischen Verstand mehr zu verlieren haben.

Aber ist vielleicht doch etwas Wahres an der Behauptung Sinowjews (abwohl Wahrheit bei Sinowjew finden, von vornherein sehr unwahrscheinlich ist), daß Serrati nur ein verkappter Zentrumsmann, ein Mann der U. S. P. sei?

Man muß auch hier wieder einmal Ideologie und Wirklichkeit unterscheiden. Serrati ist in seiner ganzen Auf-

fassung wesentlich ein Bolschewik, wenigstens soweit ein Überlegen der westeuropäischen Sozialist dieser spezifisch russischen Auffassung nahekommen kann. Aber daß die italienische Partei trotz Serratis Führung, trotz ihres rein bolschewistischen Programms und trotz ihres heißen Bemühens, selbst die bolschewistische Taktik möglichst getreu auf Italien zu übertragen, keine andere Politik machen konnte als die, die Sinowjew als „Zentrumspolitik“ bezeichnet, was beweist es anderes, als daß die Wirklichkeit der Machtverhältnisse stärker ist als die begeisternste Ideologie. Zeigt es sich nicht mit Sonnenklarheit, daß eine andere Politik nur eine gefährliche Illusion wäre, die nur an der völligen Unkenntnis der westeuropäischen Verhältnisse zu erklären ist, die in Moskau als einzige wahre revolutionäre Einsicht geheißelt wird? Und gibt es eine glänzendere Rechtfertigung für die Taktik der Unabhängigen Sozialdemokratie als diese Anklage und Achtung des Kommunismus Serratis? Jawohl, Serrati hat ebenso wie wir sogenannte Zentrumspolitik getrieben, weil wir alle sie treiben mußten, weil das die Machtverhältnisse und nicht unser Wille bestimmt hat. Serrati ist deshalb bis vor kurzen Monaten von Moskau und seinen westeuropäischen Ablegern gepriesen worden; wir sind seit längerer Zeit so beschimpft worden wie Serrati jetzt, aber der einzige Unterschied war stets nur, daß wir etwas weniger Illusionen hatten und etwas mehr Mut, die nüchternen Tatsachen auszusprechen.

Die Spaltung der italienischen Partei bedeutet zunächst eine Schwächung und Hemmung der mächtvollen italienischen Arbeiterbewegung. Aber anders als in Frankreich und zum Teil auch in Deutschland wird sie dort rascher überwunden werden, weil der Moskauer Angriff fast mit Zweidrittel-Majorität abgelehnt wurde, weil alle starken geistigen Kräfte bei der Partei bleiben, und weil vor allem auch die Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung mit ihr verbunden ist. Freilich findet der italienische Kommunismus bei den rückständigsten, meistens noch analogtheologischen Schichten des kleinbäuerlichen und ländlichen Proletariats um so eher Anhang, als dort von alters her anarchoistische und syndikalistische Traditionen wirksam sind. Das macht den italienischen Kommunismus zu einer größeren augenblicklichen Gefahr als etwa den französischen, der sehr bald in die Bahn der Zentrumspolitik einlenken wird. Aber die Stärke der Partei und der Gewerkschaftsbewegung büßt dafür, daß diese Gefahr bald überwunden wird.

Der Schlag, den Moskau geführt hat, schneidet viel tiefer ins eigene Fleisch. Die italienische Partei war die einzige, wirklich proletarische Massenpartei in der dritten Internationale. Mit ihrem Ausschluß hört die dritte Internationale überhaupt auf, in Westeuropa über irgendeine nennenswerte starke und einflussreiche Gruppe zu verfügen. In Frankreich hat die Spaltung beide Teile zu noch weit größerer Einflußlosigkeit verurteilt als vorher die geeinte Partei. Außerdem kann kein Kenner der französischen Verhältnisse daran zweifeln, daß die sogenannten französischen Kommunisten gezwungen sind, eine außerordentlich vorsichtige, rein agitatorische Taktik zu verfolgen. Das weiß niemand besser als gerade Cachin, der in Wahrheit nichts mehr fürchtet als irgendwelche Russenversuche. In Frankreich ist viel eher ein reaktionäres Ausnahmegericht als die soziale Revolution als Folge der Moskauer Zwangsgründung zu befürchten. In Amerika und England, den entscheidenden Ländern des Kapitalismus, gibt es einfach keine kommunistische Bewegung von irgendwelcher praktischer Bedeutung. In Norwegen haben sich die Gewerkschaften, auf denen die Partei aufgebaut war, von der kommunistischen Führung losgelöst, und die neue sozialdemokratische Partei wird sehr bald die Massen der Arbeiter hinter sich haben. In Schweden haben die Linksozialisten, trotzdem auch sie eine vorsichtige Zentrums-taktik befolgen, an Boden verloren und eine empfindliche Wahlniederlage erlitten. In Dänemark kann sich die Opposition gegen die herrschenden Reformsozialisten, gerade weil sie mit der kommunistischen Propaganda arbeitet, absolut nicht durchsetzen. Auf dem Balkan hat die kommunistische Bewegung zu heftigen Repressalien geführt, in Jugoslawien, in Rumänien und Bulgarien herrscht die Reaktion unbeschränkt, ist die Arbeiterbewegung durch die kommunistische Taktik auf lange gelähmt worden.

So war die italienische Massenpartei die einzige von Bedeutung und Ansehen. Sie hätte das Bindeglied werden können zwischen ost- und westeuropäischem Proletariat. Moskau hat es anders gewollt. In ihrer seltenhaften Verbindung haben die russischen Diktatoren diese Partei zertrümmern wollen. Das ist ihnen kaum gelungen. Zertrümmert aber haben sie die dritte Internationale, in der nichts bleibt als eine Summe von Parteisplittern, von Abfallprodukten der Zerstückelungsversuche an den großen Arbeiterparteien Westeuropas.

Deshalb datiert von dem Kongreß in Livorno der Anfang vom Ende der dritten Internationale.

## Ein Hanswurst

Charles Rappoport, der es einst beinahe zu einem geistreichen Franzosen gebracht hätte, polemisiert gegen unsere Ausführungen über den Parteitag von Tours. Sachlich ist an diesem Artikel weiter nichts bemerkenswert, als die Mitteilung, daß „weder Trotski noch Cachin und ebenso wenig Loriot und Sinowjew heute auf morgen den Weltladverdrätsch bestellt hätten“. Das ist das Eingeständnis, daß die Kommunisten sehr genau wissen, daß in absehbarer Zeit an eine revolutionäre Erhebung in Frankreich nicht zu denken ist, und bestätigt unser Urteil, daß die Zertrümmung der französischen Partei der „traurigste, dümmste und gewaltsamste Streich“ war, den die Moskauer mit Hilfe ihrer Rappoporten erteilt haben. Aber selbst wenn Rappoport imstande wäre, eine sachliche Polemik zu führen, würden wir eine solche mit ihm ablehnen. Denn Rappoport ist eine überzeugungslose Wetterfahne. Der letzte bolschewistische Agent schrieb noch am 24. Januar 1918:

Lenin führt durch einen Gewaltstreich nicht nur die Konstante um, sondern auch, und hauptsächlich seine eigene Lehre: das internationale sozialistische Programm. Die roten Garden Lenin-Trotski haben Karl Marx fälscht, auf den sich die bolschewistischen Führer bei jeder Gelegenheit gegen die militärischen Opportunisten berufen. Das ist der in den Abgrund führende Weg des Wahnsinns. Das ist der Blutschmerz in Tatarsauce. Das ist der Selbstmord der Revolution. Man spielt nicht derart mit den Grundgesetzen eines freien Landes.

Heute spricht der Mann anders, aber wer Rappoport kennt, weiß, daß er morgen wieder anders reden wird. Wie's trifft. Er ist also ganz der Richtige, um Männer, wie Longuet, als Kriegspolitiker und Opportunisten zu beschimpfen. Das im selben Moment, wo er absichtlich verschweigt, daß Cachin und Trotski Sozialpatrioten und Kriegsverlängerer gewesen sind, daß Cachin nach Ausbruch des Krieges nach Italien ging, um die italienische Partei für den Eintritt Italiens in den

Krieg zu gewinnen, wie er nach Ausbruch der russischen Revolution mit dem früheren Munitionsminister Albert Thomas nach Rußland fuhr, um die Kerenski-Regierung und die russischen Sozialisten zur Fortführung des Krieges zu überreden. Und Rappoport's Mut über den Bolschewismus entsprang damals gar sehr der patriotischen Sorge um sein Adoptivvaterland Frankreich.

Cachin mag dabei trotz alledem ein krauser Enthusiast sein, der sich geltend eben für die „Rettung der Demokratie“ durch den Krieg gegen den deutschen Militarismus, wie heute für die Erlösung der Menschheit durch den Bolschewismus begeistert. Rappoport ist etwas anderes. Er ist ein Hanswurst, der uns schon oft mit seinen Epähen amüsiert hat, der aber gefälltigt uns mit Polemiken verschonen soll. Wir sind hier etwas weniger zu Scherzen aufgelegt, als Herr Rappoport im — Roulin Rouge.

## Der Ruhm von Hermes

Intime und interessante Beziehungen

Herr Hermes hat Pech. Seine Freunde wollen ihn loben und enthalten dabei die engen Beziehungen, die zwischen diesem — unantastbaren Herrn und den Interessenten der Landwirtschaft bestehen. Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften ist in der Lage, auf Grund eines Rundschreibens des Generaldirektors der deutschen Bauernvereine, Dr. Crone, einen Blick hinter die Kulissen der Hermes-Politik zu tun.

„In diesem Schreiben“, so heißt es da, „Hilbert Dr. Crone, welcher großen Erfolg die deutschen Bauern gehabt hätten dadurch, daß Dr. Hermes, der Freund Dr. Crones, Ernährungsminister geworden sei. Was unter den früheren Ministern nicht möglich gewesen sei, sei nun eingetreten: Die Getreidepreise seien um das Dreifache gestiegen, die verhasste Zwangswirtschaft sei zu einem Teil abgebaut. Aber nun müsse man etwas vorsichtig sein und odenstlich ablesen, weil sonst die Städte eventuell doch revolutionisieren könnten. Er fügt dann einen Brief in Abschrift bei, den Dr. Hermes von Berchtesgaden aus an ihn, Dr. Crone, persönlich richtete. In diesem Briefe bestätigt Dr. Hermes seinem Freunde Dr. Crone, daß es ihm zu verdanken sei, wenn die Landwirte diese Liebesgaben erhalten hätten, aber jetzt — so mahnt er — sei es nötig, etwas zu bremsen, sonst spränge der Bogen. Und wenn die Städte noch ungeduldiger würden, müsse vielleicht die Zwangswirtschaft wieder strenger kommen. Er beschwört Dr. Crone, in diesem Sinne auf die Bauernorganisationen zu wirken, denn er (Dr. Hermes) sehe und fasse damit. Klar und deutlich ergibt sich aus diesem Schreiben, daß Kern und Stern aller Politik der Bauernorganisationen, als deren Sachverwalter Dr. Hermes bezeichnet werden muß, die Erhöhung der Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, in höchst erreichbarem Maße ist. Nicht bei der Deckung der Produktionskosten und einem der allgemeinen Volksarmut entsprechenden Gewinn macht die Preisbildung halt, sondern erst dann, wenn sich zeigt, daß der Bogen infolge zu krasser Spannung zu zerplatzen droht.“

In diesen Darlegungen erweist sich die Richtigkeit unserer Behauptung, daß Herr Hermes nie aus sachlichen Gründen gehandelt, sondern stets eine Interessenpolitik der übelsten Art betrieben hat. Darauf und auf seine neuesten Pläne näher einzugehen, behalten wir uns vor.

## Milliardengeschenke für Landwirte

In dem neuen Notetat, der am Sonnabend vom Reichsrat genehmigt wurde, werden u. a. folgende Beträge verlangt: 400 Mill. M. zum Ersatz von Tummelschäden, ferner 7,7 Milliarden Mark zur Verbesserung der Volksernährung, 1325 Mill. M. zur Beschaffung von billigem Mais für Landwirte, für Schweinefleisch, 5,5 Milliarden Mark zur Beschaffung von Auslandsgetreide und zur Verbilligung der Brotverfertigung, 277,7 Mill. Mark für Frühdruschsprühen, 500 Mill. M. für künstliche Düngemittel aus dem Auslande, 50 Mill. M. Ablieferungsprämien für Karriofeln, 400 Mill. M. für Ueberlieferungszuschüsse bei Neubauten von Handelsschiffen, 3 Milliarden Mark zur Ausführung des Lebensvertrages und 1 Milliarden Mark zur Deckung des Fehlbetrages bei den Reichseisenbahnen, deren Defizit auf ca. 16 Milliarden Mark geschätzt wird.

## Die tägliche Lüge

In ihrem gestrigen Parlamentsbericht bemerkt die „Kote Jahne“, daß die Ernennung des deutschen Gesandten Graf Ribbach in Moskau „von den Russen nicht veranlaßt worden war, um den Bolschewiki Schwierigkeiten zu bereiten“. Diese Behauptung ist eine Schamlosigkeit sondergleichen. In Wirklichkeit ist das Attentat gegen Ribbach von der Partei der linken Sozialrevolutionäre organisiert worden, die eine zeitlang zusammen mit den Bolschewisten regierte und auch jetzt ihre Opposition gegen die Sowjetregierung eingestellt hat. Die bedeutendsten Führer dieser Partei wurden sofort nach dem Attentat verhaftet, viele andere wurden von den Sowjetbehörden verfolgt.

Alle diese Tatsachen sind sowohl in Rußland wie im Auslande jedem politisch unterrichteten Menschen bekannt. Die politischen Analphabeten in der „Koten Jahne“ brauchen sie jedoch nicht zu wissen. Für sie genügt die Anweisung Lentins über die Notwendigkeit der List, Schamheit und des Verschweigens der Wahrheit, um täglich neue Schmutzfäbel und voll Verleumdungen über die verhassten „Renschewisten“ auszugießen.

## Fälschungen?

Bei den Veröffentlichungen der „Koten Jahne“ über Wuttschpläne der Vaterländischen Königspartei scheint es sich tatsächlich um Fälschungen zu handeln. Wir hatten bereits in unserer gestrigen Abendausgabe die Unwahrscheinlichkeit ausgesprochen, daß Männer wie Ludendorff und Escherich tatsächlich ihre Namen in dieser Weise der Öffentlichkeit preisgeben. Dazu sind die Hierarchien viel zu gewichtig.

Es hat denn auch sofort von allen Seiten Dementis gehagelt. Ludendorff, Escherich, Graf Reventlow lassen alle öffentlich erklären, daß sie mit der Sache nichts zu tun haben und ihre Unterschriften gefälscht sind. Auch der preussische Staatskommissar für die öffentliche Ordnung erklärt, daß sich nach eingehender Prüfung das Dokument als eine allerdings geschickte Fälschung erweise. Es gebe überhaupt keine Vaterländische Königspartei.

Bekanntlich gibt es eine bayerische, eine sächsische und neuerdings auch eine preussische Königspartei! Diese liegen soll nach den Versicherungen des Staatskommissars ihre Bestrebungen nur auf dem Wege der Volksabstimmung zu verwirklichen suchen. Ganz so harmlos sind die Monarchisten sicher nicht, aber auch nicht dumm genug, so plump ihre Karren aufzubacken, wie es durch das Dokument der „Koten Jahne“ den Anschein hatte.

## Gegen die Ruhr-Regierung

Von H. Freund-Rürnberg

Die bürgerliche Reichstagsmehrheit hat den Antrag der Unabhängigen Sozialdemokratie auf Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern abgelehnt. Der Reichstag hat also nicht nur nicht von dem ihm nach Art. 48 Abs. IV der Reichsverfassung zukommenden Rechte, die „einstweiligen“ Maßnahmen einer Landesregierung für den Fall, daß „Gefahr im Verzuge“ ist, außer Kraft setzen zu lassen, Gebrauch gemacht, sondern hat durch seine Stellungnahme dem Art. 48 der deutschen Reichsverfassung eine Auslegung gegeben, die absolut im Widerspruch zum Wortlaut und zu den Erklärungen des Art. 48 steht. Der Art. 48 der Verfassung und die Grundrechte des deutschen Volkes sind durch den Beschluß des Reichstages vom 20. 1. 21 umgekehrt worden.

Nun nehmen wir diesen Beschluß, d. h. die Ablehnung des U. S. D. Antrages deswegen nicht so tragisch, weil wir bestimmt wissen, daß mit diesem Beschluß die bayerische Angelegenheit auch für das Reich nicht erledigt ist und auch die Reichstagsmehrheit einschließlich der am Koalitionsrecht interessierten christlichen Arbeiter gegenüber der bayerischen Regierung in einer ganz anderen Stimmung sich befindet. Den Demokraten und dem Zentrum im Reich geht die bayerische Extratour auf die Nerven. Aber man wollte die Münchener Regierung nicht in aller Öffentlichkeit blamieren oder noch mehr blamieren, als dies an und für sich schon der Fall ist. Die Verfassung soll also auf dem Wege der Verhandlungen von Regierung zu Regierung wiederhergestellt werden.

Der Reichstag hat mit seiner Ablehnung des U. S. D. Antrages nicht nur verfassungswidrig gehandelt, sondern er hat auch eine sehr schlechte Politik gemacht, nach innen wie nach außen. Die großen außenpolitischen Schwierigkeiten, in die das deutsche Reich durch die ablehnende Haltung der Münchener Regierung in der Entwaflnungs- und Einwohnerwehrfrage verwickelt worden ist, werden zweifelsohne durch die moralische Unterliehung der bayerischen monarchistischen Reaktion durch den Reichstag erheblich vermehrt. Die nächsten Tage werden dies lehren.

Aber auch innenpolitisch hat man eine Dummheit gemacht. Man ging vollständig an der immer stärker werdenden nordbayerischen Bewegung vorbei. Es ist zu wenig bekannt, daß das industrielle Nordbayern, das wirtschaftlich und kulturell viel mehr Beziehungen zum Reich als zu Altbayern hat, seit einiger Zeit in immer schärferer Gegensätzlichkeit zu der Münchener Regierung gekommen ist. Der Mittelpunkt des nordbayerischen Wirtschaftsgebietes, die Stadt Nürnberg, hat in einer Reihe von Protesten sich gegen die Münchener Regierung wenden müssen. Diesen Protesten hat sich keine Partei, weder das Zentrum noch die Deutschnationalen, entgegenstellen können. Am 30. Dezember 1920 hat der Stadtrat sich in einer einmütig zustande gekommenen Erklärung an den Reichspräsidenten und an den Reichstag gewandt mit dem Ersuchen, die normalen Verhältnisse in Bayern wiederherzustellen. Am 30. Januar 1921 fand eine von allen Industriestellen Nordbayerns beschickte Vertreterkonferenz der nordbayerischen freien Gewerkschaften statt, die in einer einmütig angenommenen Resolution der Münchener Regierung ihr Mißtrauen aussprach und ihr den Kampf mit aller Entschiedenheit anbot. In dieser Resolution heißt es u. a.:

„Die am 20. Januar 1921 tagende Vertreterkonferenz der gewerkschaftlichen Ortsausschüsse Nürnbergs und aller anderen Industriestellen Nordbayerns schließt sich dem vom Stadtrat Nürnberg einmütig beschlossenen Protest gegen die neuerliche Verletzung der bayerischen Staatskommissare, die Genehmigungspflicht von Versammlungen betreffend, an und verlangt ihre Zurücknahme.“

Darüber hinaus erhebt die Konferenz den schärfsten Widerspruch gegen die Fortdauer des Belagerungszustandes überhaupt, gegen die verfassungswidrige Verpflichtung zum Anzeigen der Versammlungen, gegen die Versammlungsverbote und gegen die auf Grund dieser ungesetzlichen Maßnahmen begonnene Behinderung der Betriebsräte in ihrer Wirksamkeit für die Arbeiterschaft....

Die Konferenz erklärt, alles anstreben zu wollen, um eine einigte Front der Arbeiter, Angehörigen, Beamten und freiwillig gesunden Bürger Nordbayerns gegen die Reaktion in Bayern herzustellen. Allen Verjahren, das Wirtschaftsgebiet Nordbayerns in die reichsfeindliche Politik der Münchener Regierung hineinzuziehen, wird der eiserne Widerstand Nordbayerns entgegengeleitet werden.“

Die bayerische Arbeiterschaft ist durch die Erklärung ihrer Arbeitsblätter im Ruhrgebiet an der Ehre gepakt und enttäuscht, mit der Münchener Regierung ohne die Hilfe der Ruhrbergleute fertig zu werden. Die Reichstagsverhandlungen sind kein Abschluß, sondern ein Anfang, und die nordbayerische Bewegung, die nicht nur die Arbeiterschaft im engeren Sinne umfaßt, sondern alle am Wirtschaftsgebiet Nordbayerns beteiligten Kreise, wird nicht nur der Münchener Regierung, nicht nur der Reichsregierung, sondern auch dem Auslande zu zeigen haben, daß hinter der Regierung Ruhr nicht das arbeitende bayerische Volk, sondern nur eine Garde aus der Wilhelminischen Zeit übernommener Militärischen steht.

Der auswärtige Ausschuh des Reichstages trat heute zu einer längeren Sitzung zusammen. Gegenstand der Tagesordnung waren Fragen des auswärtigen Amtes. Die Verhandlungen wurden für vertraulich erklärt.

Das bayerische Reaktionsnetz. Unseren Wiener Genossen Fritz Adler ist zum zweitenmal das Auftreten in einer gelebtenen Versammlung der U. S. D. von der Münchener Polizeidirektion verboten und ihm der Aufenthalt in München verjagt worden.

Die Patetpost im Rheinlande. Die internationalisierte Rheinlandkommission erläßt eine Warnung, dem Patetpostverkehr nach dem Rheinlande Waffen- und Munitionsendungen zu übergeben. Weitere Verstöße werden die allgemeine Ueberwachung der Patetpost zur Folge haben.

Wohnungspolitik im Saargebiet. Der Referent für Wohnungswesen bei der Saarregierung, Beh, teilte in einer Versammlung in Bitesstapel mit, daß demnächst durch eine Verordnung der Regierungskommission den Gemeinden des Saargebietes verboten werden, fernere Unterführungen von Reich, Staat und Kreis für Wohnungsbauten anzunehmen.

Der erste weibliche Minister. Die Witwe Ralph Smiths, die als Deputierte von Vancouver dem britisch-columbischen Parlamente angehört, ist unter der allgemeinen Zustimmung dieser britischen Kolonialisten zum Unterrichtsminister ernannt worden. Es ist dies das erste Mal in irgendeinem Lande daß eine Frau den wirklichen Ministerertrag erhält. Der vorher bene Gatte war Arbeitsminister gewesen, und nach seinem Tode hatte das Volk sie einstimmig als Nachfolgerin im Mandat gewählt.

Militärische Belegung von Hume. Infolge der letzten Ereignisse hat die Regierung von Hume den General Ferrario ersucht, die Stadt militärisch besetzen zu lassen. (nach dem Art. 7 des Abkommens von Abbazia). Infolgedessen sind gestern 750 Carabinieri und 150 Infanteristen in Hume eingetroffen, die Bevölkerung hat ihnen einen sehr freundlichen, sogar jubelnden Empfang bereitet.

Der finnische Vertreter in Rußland. Staatsrat Ahonen ist zum vorläufigen Vertreter Finnlands in Moskau ernannt worden.

# Das Urteil im Prozeß Strauß

Gestern erhielten die beiden Brüder Strauß das Schlußwort. Sie legten dar, daß sie keinen Mord begangen hätten. Emil Strauß dankte seinem Verteidiger für den ihm erwiesenen Dienst. Die Geschworenen fällten folgenden

## Wahrspruch:

Emil Strauß schuldig des Totschlages, des versuchten Totschlages in zwei Fällen, vorsätzlicher Gefangenendefreierung und schweren Diebstahles.

Erich Strauß wurde schuldig befunden des Totschlages und des versuchten Totschlages in je einem Falle und des schweren Diebstahles.

Beiden wurden mildernde Umstände verjagt. Bei den Angeklagten Enders, Hermann, Frau Behrend und Frau Lehmann wurde nur die Schuldfrage nach einfacher Begünstigung bejaht.

Nach Verkündung des Wahrspruches der Geschworenen wurde, nachdem der Staatsanwalt die Strafanträge gestellt hatte, das folgende

## Urteil

Emil Strauß wurde zu 15 Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust, Erich Strauß zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust sowie beide zur Unterstellung unter Polizeiaufsicht mit Anrechnung eines Jahres Untersuchungshaft verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen von zwei Wochen bis zu 6 Monaten verurteilt, die jedoch durch die Untersuchungshaft als verbüßt angesehen werden.

# Zur Bekämpfung des Verbrechens

Von H. Henke

Gestern vormittag hat die seit Donnerstag währende Verhandlung vor dem Berliner Schwurgericht III mit der Verurteilung der Hauptangeklagten zu schweren Zuchthausstrafen ihren Abschluß gefunden. „Schwerverbrecher einer Art, wie sie nur selten herumlaufen“ nannte Emil Strauß, der eine der Hauptangeklagten, sich und seinen Bruder Erich. Warum nicht? Verbrecher haben nicht nur ihre Ehre, wie wir durch den Mord in Schillers „Fiesko“ wissen, sie haben auch ihren Stolz. Die Sensationspresse sprach von „Ausbrecherkönigen“, wußte sich kaum genug zu tun im Lob auf die hohe Intelligenz des Emil Strauß und bemühte sich im übrigen, ihre Leser davon zu überzeugen, daß der Mensch es zu der von den Brüdern Strauß bewiesenen verbrecherischen Fertigkeit nur bringen könne, wenn er auch wirklich ein Verbrecher sei. Womit leider nicht klar gestellt, wohl aber verschleiert wurde, was denn nun ein Verbrecher ist. Nicht nur dieser Umstand, sondern gleich mehrere Umstände besonderer Art lassen die Erinnerung daran, wie wir Marxisten dem Verbrechen und der Bekämpfung desselben gegenüberstehen, angebracht erscheinen.

Zunächst die Tatsache, daß infolge des Krieges eine ungeheure Häufung der Verbrechen eingetreten ist und zweifellos weiter erfolgen wird. Dann die Neuschaffung des Strafgesetzbuches, vor der wir stehen. Das Reichsjustizministerium hat den Entwurf zu diesem neuen Strafgesetzbuch bereits veröffentlicht. Die darin vorgesehenen Strafen sind Todesstrafe, Freiheitsstrafen, Geldstrafe und Beweis. „Um die Todesstrafe, die im Gesetz selbst nur bei Mord angedroht ist, wird voraussichtlich wieder ein heißer Kampf entbrennen“, meint ein Dr. Riemeyer in seiner Besprechung des Entwurfs in den „Hamburger Nachrichten“. Er fährt fort: „In jetziger Zeit, in der Raub, Erpressung und andere schwere Verbrechen leider an der Tagesordnung sind, sollte man — wenn auch nur für eng begrenzte Fälle — auf dieses äußerste Strafmittel nicht verzichten.“ Endlich hat einer der Hauptangeklagten — sie waren u. a. des Mordes angeklagt — mit großem Geschick das Verhältnis des Verbrechens zur Gesellschaft in eine so grelle Beleuchtung zu rücken verstanden, daß eine Erörterung dieses Verhältnisses geradezu als Pflicht der Presse erscheint. Emil Strauß, dieser „Ausbrecherkönig“, hätte dank seiner Begabung ein vorzügliches Verteidiger werden können, statt wegen Mordes auf die Anklagebank zu kommen, meinte ein bürgerliches Blatt. Nun, Strauß ist ein Verteidiger von vielen Tausenden geworden, als er trotz aller Behinderungsversuche des Gerichtsvorstandes seinen Lebenslauf mit einer Beredsamkeit aufstrotzte, die alle seine Hörer in ihren Bann zwang. Was er von dem Glanz seiner Jugend und über die Macht der Verhältnisse, die ihn und seinen Bruder auf die Bahn des Verbrechens trieben, zu sagen wußte, war nicht neu, aber es war eine Schilderung des gesellschaftlichen Milieus, in dem gegenwärtig weit mehr noch als vor dem Kriege Millionen und Abermillionen von Menschen leben. Stimmungsmache nannte der Vertreter der Staatsanwaltschaft die Rede von Emil Strauß und enthielt damit die in juristischer Schulweisheit bestehende Beförderung des Wesens so ziemlich aller Staatsanwälte und Richter im bürgerlich-kapitalistischen Klassenstaat. Stimmungsmache und nichts anderes sei die Rede des öffentlichen Anklägers gewesen, erwiderte einer der Verteidiger.

Einem Menschen, der um seinen Kopf kämpft, wäre wirklich der Versuch einer Stimmungsmache zu seinen Gunsten nicht zu verübeln, gar übel aber steht sie einem Vertreter der Anklage an. Nicht nur, weil er dem Angeklagten mit der ganzen Macht des Staats gegenübersteht, sondern weil er sie gegen ein Opfer der Gesellschaft zu unternehmen. Denn Opfer der Gesellschaft sind in ihrer Mehrzahl die Verbrecher, und was Emil Strauß zur Verteidigung dieser Opfer sprach, ist einem geltenden Aufschrei aller jener unglücklichen Menschen zu vergleichen, die Tag für Tag von den Gerichten verurteilt werden und für die wieder einmal die Zuchthäuser und Gefängnisse viel zu klein geworden sind. Wen trifft die „größere Schuld“ an dem Verbrechen, den sogenannten „verbrecherischen Willen“ der Verbrecher oder „die Macht der Verhältnisse“? Diese Frage unterbreitete Emil Strauß dem Urteil des Gerichts, dessen Urteil aber lautet: Fünfzehn Jahre Zuchthaus. Wie immer es um die persönliche Schuld der Brüder Strauß stehen mag, was sie — ich nehme an, zutreffend — zu ihren Gunsten vorbeugen konnten, läßt die riesengroße Schuld der Gesellschaft erkennen. In vorgeschrittener Erkenntnis dieser Schuld der Gesellschaft schrieb der bekannte Rechtslehrer Franz v. Liszt: „Die Bekämpfung des Verbrechens ist eine der wichtigsten und aussichtsreichsten Aufgaben der Sozialpolitik.“ Er glaubte demgemäß mittels der Reform des Strafrechts und durch Ausbau der Sozialpolitik die Schuld der Gesellschaft mildern zu können. Worauf das in der Praxis hinauslief, lehrte die Zugehörigkeit v. Liszts zur früheren fortschrittlichen Volkspartei. Die bürgerliche Sozialreform allein tut's freilich nicht. Notwendig ist vielmehr, die menschliche Gesellschaft auf eine völlig andere Grundlage zu stellen. Die Gesellschaft des Privat- eigentums, der auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhende Klassenstaat müssen durch die sozialistische Gesellschaft ersetzt werden. Erst dann werden die Verbrechen abnehmen, weil der Sumpf, aus dem sie erwachsen, verschwin-

den wird. Erst dann auch wird denjenigen Menschen, die in Konflikt mit der Gesellschaft geraten, Gerechtigkeit widerfahren, wird das Individuum nicht mehr zum Kampf gegen die Gesellschaft gezwungen werden.

Bis dahin aber kann in der Tat durch reformerische Tätigkeit zugunsten der Opfer der Gesellschaft manches bewirkt werden. Man denke z. B. nur daran, wie durch das frühere Wahlrecht zu den Parlamenten die herrschenden Klassen in den Stand gesetzt wurden, die Sünden der Gesellschaft durch Vernachlässigung oder völlig falsche Behandlung der proletarischen Jugend zu mehren. Es sind dieselben Klassen bzw. Klassenvertreter, die gegenwärtig so laut über die Verwahrlosung der Jugend sich entrüsten, wobei sie stets nur an die proletarische Jugend denken. Einen großen Einfluß hatten bisher die Provinziallandtage — um nur diese zu nennen — auf die Gestaltung bzw. Ausführung der Fürsorgeerziehung. Es ist in die Hand der Wähler gelegt, am 20. Februar darin, wie in so manchen anderen, einen — wenn auch selbstverständlich nicht befriedigenden — Wandel zum Besseren zu erwirken.

# Seht die Wählerlisten ein!

Im Laufe der nächsten Woche

vom 23. bis zum 30. Januar

werden die von den Behörden aufgestellten Wählerlisten für die preussischen Landtagswahlen öffentlich ausliegen. Es ist die Pflicht jedes Wählers und jeder Wählerin, sich davon zu überzeugen, ob ihre Eintragung in die Listen erfolgt ist. Niemand darf sich darauf verlassen, daß er bei früheren Wahlen in der Liste gestanden hat oder daß er schon so lange an einem Orte wohnt, daß seine Eintragung als selbstverständlich anzusehen sei. Nur die persönliche Einsicht in die Wählerlisten gibt die Gewißheit, daß man am 20. Februar sein Wahlrecht ausüben kann!

# Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenfürsorge

Hauptauschuh — Die Schlichtungsordnung kommt

Im Hauptauschuh des Reichstages berichtete Sonnabend vor Eintritt in die Tagesordnung

Abg. Dr. Bohnke (Dem.) über die Arbeiten des Unterausschusses, den der Hauptauschuh zur Nachprüfung der Tätigkeit der Reichszentrale für Heimatdienst eingesetzt hatte. Korruptionserhebungen sind nicht zutage getreten, auch der Rechnungshof des Reiches hat zu erheblichen Beanstandungen keinen Anlaß gegeben.

Hierauf wendet sich der Hauptauschuh dem Etat des Reichsarbeitsministeriums zu.

Berichterstatter Abg. Hooß (Soz.) referiert über das Gebiet der Arbeitsvermittlung. Die Arbeitsvermittlung muß sowohl den Ausbau der Arbeitsnachweismittel im ganzen Reich als auch die Ausbildung der hier Beschäftigten planmäßig vornehmen. In der Erwerbslosenfürsorge muß alles geschehen, um den Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen. Dazu bedarf es auch des Entgegenkommens des Verkehraministeriums. Welche Erfahrungen sind in dieser Beziehung gemacht worden? Ebenso unvermeidlich ist hier und da eine Umstellung der Arbeiter aus einem Arbeitszweig in einen anderen. In welchem Maße ist das bisher geschehen oder vorbereitet worden?

Abg. Erlang (Ztr.): Die Kosten des Reichsamts für Arbeitsvermittlung sind außerordentlich hoch. Eine weitere Zentralisation des Arbeitsnachweismittelns ist deshalb nicht wünschenswert, wohl aber eine größere Einheitlichkeit.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Das Anwachsen des Reichsamts für Arbeitsvermittlung hat seinen Grund nur in der Uebernahme ganz neuer Aufgaben. Die Absicht, die Arbeitsnachweise zu zentralisieren, besteht nicht; sie werden nur besser organisiert. — Abg. Dr. Fied (Dem.) schließt sich der Ansicht des Abgeordneten hoch an. Abg. Moldenhauer (D. Vp.): Die Fragen der produktiven Erwerbslosenfürsorge können in Zukunft durch die Sozialwirtschaftsräte, die den Verhältnissen näher stehen, geprüft werden.

Abg. Karsten (L. Soz.): Nach welchen Gesichtspunkten werden die Reichszuschüsse zu den Landesarbeitsämtern gegeben?

— Ministerialrat Dr. Weigert: Das Arbeitsnachweisesgesetz wird dem Reichstage voraussichtlich im nächsten Monat gehen. Die Organisation der Arbeitsvermittlung weist schon heute ein lässliches Reg. zentraler Stellen auf. Die öffentlichen Arbeitsnachweise haben im letzten Jahr mehr als 60 Prozent aller männlichen und mehr als 90 Prozent aller weiblichen Vermittlungen ausgeführt. Die Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen wird voraussichtlich in naher Zeit wesentlich eingeschränkt werden. Eine planmäßige Umstellung großer Teile der Arbeiterschaft ist unerlässlich. — Abg. Hooß (Soz.) bringt darauf eine Entschlieung ein, das Arbeitsministerium und die übrigen beteiligten Ministerien zu eruchen, mit dem Verkehraministerium und Reichshofministerium über Beschaffung nutzbringender Arbeitsgelegenheit zu verhandeln, um Erwerbslosenfürsorge zu sparen. — Der Hauptauschuh nimmt die Entschlieung einstimmig an. — Rum-mehr bemittelt der Hauptauschuh sämtliche Etatspositionen über Arbeitsvermittlung. Es befinden sich darunter 550 Millionen M. für unterstützende und produktive Erwerbslosenfürsorge, außerdem 44 Millionen Mark erhöhte Reichsbefehle zur Erwerbslosenfürsorge. Ohne Debatte werden ferner die Positionen über Arbeiterwohlfahrt genehmigt. — Darauf wendet sich die Debatte dem Schlichtungswesen zu. Ministerialrat Dr. Stiller (Reichsarbeitsministerium): Die Anzahl der Vorfälle soll nach der Schlichtungsordnung in den Schlichtungsausschüssen herabgesetzt werden. Die beste und schärfste Schulung der Betriebsräte liegt dem Reichsarbeitsministerium sehr am Herzen. Die Kosten der Schlichtungsausschüsse waren mit 25 Millionen Mark angelegt, durch große Sparmaßnahme der Verwaltung sind nicht einmal 5 Millionen Mark ausgegeben worden. Die Schlichtungsordnung geht nächste Woche dem Kabinett zu. — Der Hauptauschuh bewilligt hierauf die Etatspositionen für das Schlichtungswesen.

Bei Besprechung der einmaligen Ausgaben des Reichsarbeitsministeriums kommt es zu einer lebhaften Auseinandersetzung über die Schaffung eines Arbeitsgesetzbuches. — Abg. Kaiser (Soz.) erklärt den Gesetzentwurf bezüglich der Arbeitsgerichte für ebenso dringlich wie das Schlichtungsgesetz. — Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Der Entwurf für das Arbeitsgesetzbuch ist fertiggestellt, es bestehen aber noch finanzielle Schwierigkeiten. Hierauf verabschiedet der Hauptauschuh den Haushaltsplan des Reichsarbeitsministeriums und vertagt sich auf Montag.

# Der Schiedspruch im Loewe-Konflikt

Unter dem Vorsitz des Stadtrats Dr. Simonsohn trat am Sonnabend der gleiche Schlichtungsausschuh zusammen, der den Vergleichsvorschlag gemacht hatte. Nach vierstündiger Beratung wurde folgender Schiedspruch gefaßt:

„Der Schlichtungsausschuh hält seine vermittelnde Tätigkeit für beendet, er kehrt nach wie vor grundsätzlich auf dem Boden des Vergleichsvorschlages vom 14. d. Mts. und hält danach die Erledigung des Streits wie folgt für geboten: Die Firma stellt den Betrieb, sobald wie möglich, spätestens innerhalb einer Woche, mit der früheren Belegschaft wieder her;

jedoch ist sie nicht verpflichtet, Arbeiter wieder einzustellen, die ausdrücklich zur Nichtbefolgung von Anordnungen der Betriebsleitung aufgeführt oder Tätigkeiten oder Bedrohungen gegen die Betriebsleitung oder deren Vertreter begangen, oder Arbeitsgenossen durch Tätigkeiten oder Bedrohungen von der Arbeit abgehalten haben. Im einzelnen Streitfalle entscheidet der Schlichtungsausschuh, vor dem die bisherigen Verhandlungen geführt wurden, sofern sich nicht beide Teile über ein anderes Schiedsgericht einigen.“

Dieses Urteil ist durch Majoritätsbeschluß herbeigeführt worden. Die Belegschaft der Firma Loewe wird über die Annahme oder Ablehnung dieses Schiedspruches in ihrer nächsten Versammlung zu entscheiden haben.

Die nächste Betriebsversammlung der Firma Ludwig Loewe findet am Montag, mittags 12 Uhr, im Stadttheater Koabit statt. Im gleichen Saal tagt zwei Stunden früher eine Versammlung der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die bei der Firma Loewe beschäftigt sind.

# Die Notlage im Vogtland

Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung

Die bereits seit einiger Zeit in Aussicht genommene Besprechung von Vertretern der sächsischen Regierung, der Stadt Plauen und der Untereinheitsvereine Plauen und Auerbach mit dem Reichsarbeitsminister und dem Reichsfinanzminister über Fragen der Erwerbslosenfürsorge und der Arbeitsvermittlung hat am 22. Januar im Reichstagsgebäude stattgefunden. Im Verlauf der mehrstündigen Aussprache, bei der die sächsischen Vertreter die besondere Notlage des Vogtlandes eingehend schilderten, sagte der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister zu, sich beim Reichskabinett für eine Erhöhung der jetzt geltenden Unterstützungsätze für Erwerbslose auf Grund von § 9, Abs. 6 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge einzusetzen. Das Reichskabinett wird sich nunmehr über die Bewilligung der Mittel schlüssig zu machen haben.

Die Erhöhung der Unterstützung ist aber nicht nur nötig für das Vogtland, sondern sie muß allgemein für das ganze Reich erfolgen.

# Wieder ein Skalarz-Prozeß

Heinrich Skalarz zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt

Wegen Beamtenbestechung und Beleidigung hand der Kaufmann Heinrich Skalarz gestern vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I. Jean Skalarz, der Bruder von Heinrich Skalarz, der inzwischen schuldig geworden ist, hatte bei einer Berliner Firma in den ersten Monaten des Jahres 1919 große Bestellungen auf Zigaretten ausgeben, angeblich für die Truppen des Regiments Reichstag. Das Regiment selbst erhielt aber diese Zigaretten niemals. Der Zahlmeister Briemeister, dem die Rechnungen dafür zugingen, schloß sich an und wollte die Angelegenheit seinem Vorgesetzten melden. Darauf erschienen Jean und Heinrich Skalarz bei dem Zahlmeister und verlangten die Herausgabe der Rechnungen, das Unterbleiben der Bestellung und versprachen dem Zahlmeister hierfür die Verschaffung einer Stellung im Polizeipräsidium.

Die Beweisaufnahme ergab im wesentlichen, daß die Brüder Skalarz tatsächlich für das Regiment Reichstag die Zigaretten bestellt hatten, sie aber anderweitig veräußerten und den Zahlmeister Briemeister veranlaßten, ihnen die Rechnungen auszuhändigen, damit nichts darüber an die Öffentlichkeit komme. Staatsanwaltschaftsrat Gerlach ließ die Anklage wegen Beleidigung fallen, erhielt aber den Tatbestand der Beamtenbestechung zur Ermien, und beantragte eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten und die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von drei Jahren. Das Gericht wies sich hinsichtlich der Beleidigung dem Antrage des Staatsanwaltes an, verurteilte aber Heinrich Skalarz wegen Bestechung zu drei Monaten Gefängnis.

Nach der Urteilsverkündung kam es zu einem Zwischenfall. Skalarz hatte der Vorsitzende das letzte Wort gesprochen, als Heinrich Skalarz in leidenschaftlicher Erregung ausrief: „Meine Herren! Sie haben mich jetzt zum zweitenmal politisch verurteilt. Wenn ich nicht Skalarz, sondern A. Kessel heißen würde, dann wäre ich nicht verurteilt worden.“ — In diesem Augenblicke erhob sich aus dem Zuscherraum ein lautes „Bravo!“ Als der Vorsitzende den Auferstehenden sah, ergab es sich, daß es der Schlichterlehre Scheidemanns, Herr Henk, war, der „Bravo“ gerufen hatte. Auf Vorhalt des Vorsitzenden erklärte Henk, daß sein Menschenverstand ihm jage, daß dieses Urteil nicht richtig sei. Der Vorsitzende verbat sich darauf jede Gefühlsäußerung, Heinrich Skalarz aber rief nochmals in den Saal: „Marx und Kessel sind freigesprochen, nur ich werde verurteilt!“

# Hungerstreik?

Zu unliebhamen Vorgängen kam es am Sonnabend in der Lungenheilstätte Gradowsee. Aus Anlaß einer Verhandlung zwischen dem Patientenausschuh und dem dortigen Chefarzt sowie dem Landesrat Fint ist es aus der kleinen Nachtbesetzung, welches sich ein Mitglied des Ausschusses nach Angabe des Chefarztes dadurch zu schulden kommen ließ, daß er eine Portion Marmelade im Gewicht bis zu 20 Gr. für einen Patienten, der zum Kaffe zwei trockene Stullen vorgelegt bekam, bejorgte, zu größerer Erregung unter den Patienten gekommen. Das vorstehend Geschilderte hatte der Chefarzt als genügend erachtet, dieses Ausschuhmitglied zu mahnen und zu entlassen. Auf den Protest einer Patientenkommision ist er von seinem Standpunkt nicht abgegangen, obwohl ihm erklärt wurde, daß die Patienten in der Handlung ihres Mitpatienten keinen Grund zur Entlassung sehen. Es wurde ihm erklärt, daß, falls das Ausschuhmitglied nicht in der Anstalt verbleibt, bis zur Klärung der Angelegenheit als Protest vorläufig sämtliche ärztliche Anordnungen abgelehnt würden. Die Patienten sind weiter gewillt, falls nicht eine Wenderung des Beschlusses des Chefarztes herbeigeführt wird, in den Hungerstreik zu treten.

Will man es darauf ankommen lassen?

Sitzung der Vorkonferenz. Die Vorkonferenz hat am Sonnabend vormittag eine Sitzung abgehalten. Der Vertreter der französischen Regierung bei den deutsch-polnischen Verhandlungen über den Transitverkehr zwischen Deutschland und Ostpreußen durch den Weichselkorridor hat — nach der „Agence Havas“ — die Mitteilung gemacht, daß ein provisorisches Abkommen paraphiert worden, das aber noch die Zustimmung der interessierten Staaten finden müsse. — Der Vorkonferenz hat ferner der Entwurf einer Antwort der Interalliierten Maritimen Kommission auf gewisse Fragen vorgelegt, die seitens der Interalliierten Maritimen Kontrollkommission in Berlin gestellt wurden.

**Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskauschuk**  
5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Sedissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an.  
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspresse.  
**Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1.**

# A. Wertheim

*Außergewöhnlich billiger Verkauf!*

## GLASWAREN

- Kompottschüsseln 175 bis 750
- Kompotteller ..... 135
- Butterdosen „Rhein“ ..... 975
- Käseglocken ..... 2700
- Kuchenteller ..... 1275 bis 2250
- Kompotteller ..... 360 450
- Zuckerteller ..... 85 Pf.
- Bierbecher glatt ..... 165 175 185
- Bierbecher starker Boden ..... 165
- Teebecher glatt ..... 125
- Wasserbecher geschliffen ..... 375
- Sturzflaschen perl optisch ..... 650
- Sturzflaschen mit Glas ..... 975 1350
- Weinflaschen geschliffen ..... 775
- Weinrömer glatt 575, mit Rand 1700

### Besonders preiswert:

- Schwarzwälder Vasen
- Blumenschalen
- Schwarzwälder Bauerntöpfereien
- Majolika-Vasen
- Töpfe, Wandteller
- Durchbrochene Teller
- Körbe und Schalen
- Körbe 13<sup>00</sup> 16<sup>00</sup> 19<sup>50</sup>

# Porzellan-Glas Steingut

## PORZELLAN

| weiß  | Kaffeegeschirr (blaues Band) | bunt                                      |
|---|------------------------------|---|
| Tassen komplett ..... 1 <sup>05</sup>       | Kaffeekannen .. von 875 an   | Tassen bunt ..... 375                     |
| Tassen groß, komplett ..... 1 <sup>05</sup> | Teekannen ..... 2150         | Tassen Goldband 4 <sup>25</sup> 475       |
| Obertassen ..... 1 <sup>10</sup>            | Milchtöpfe ..... 625 750     | Kaffeegeschirr                            |
| Obertassen groß 1 <sup>25</sup>             | Tassen ..... 4 <sup>00</sup> | Meißner Streublumen                       |
| Speiseteller tief, flach ..... 425          | Kuchenkörbe ..... 2150       | Küchengaruit 22teilig 165 <sup>00</sup>   |
| Dessertteller ..... 295                     | Kuchenteller ..... 375 475   | Kaffeesevice für 6 Pers. 55 <sup>00</sup> |
| Kompotteller ..... 195                      | Zuckerdosen ..... 810        | Kaffeesevice für 2 Pers. 22 <sup>50</sup> |
| Platten oval, von 425 bis 1750              | Kaffeegeschirr „Rote Rose“   | Teesevice für 6 Pers. 85 <sup>00</sup>    |
| Kartoffelnäpfe m. Deckel 1950               | Kaffeekannen ..... 2250      | Obstservice 7teil. .... 90 <sup>00</sup>  |
| Terrinen mit Deckel ..... 2900              | Teekannen ..... 2450         | Obstteller 2 <sup>95</sup> 425 525        |
| Beilagschalen ..... 475                     | Milchtöpfe ..... 460 bis 950 | Butterdosen ..... 875                     |
| Marmeladendosen ..... 295                   | Tassen ..... 975             | Kompotteller ..... 135                    |
| Kaffeekannen .. von 775 an                  | Kuchenteller groß ..... 1950 | Blumenvasen ... von 975 an                |
| Milchtöpfe ..... 220 bis 1050               | Kuchenteller klein ..... 475 | Rosen-, Apfelblüten-Muster                |
| Zuckerdosen ..... 295                       | Zuckerdosen ..... 1175       | Blumenvasen .. von 1350 an                |
| Kuchenteller ..... 425                      |                              | Rosenband mit Polier-Gold                 |

VERSANDABTEILUNG BERLIN W. 9, LEIPZIGER STRASSE

## STEINGUT

- Speiseteller tief, flach, weiß ..... 145
- Milchtöpfe weiß ..... 290 bis 550
- Kaffeekannen weiß 525 bis 1400
- Kaffeekannen blau 600 bis 1000
- Teekannen blau ..... 975 bis 1350
- Teekannen weiß ..... 825 bis 1150
- Küchenschüsseln bunt 245 325
- Satz Schüsseln 7 Stück bemalt 3350
- Waschbecken weiß ..... 875
- Wasserkannen weiß ..... 1400

- Vasen bunt glasiert ..... 245 bis 450
- Wandteller bunt bemalt 1450 bis 4200

Sehr billig: Steinkrüge ..... 800 1600

### Besonders preiswert:

- Porzellan-Figuren
- Tiere
- in Kopenhagener Art
- Terrakotta - Blumenkübel
- Krippen \* Säulen
- Blumenschalen
- Porzellan - Vasen
- mit reichem Blumenmuster

## Theater und Vergnügungen

**Volkstheater**  
7 Uhr: Kade und Kade  
7 Uhr: Wallensteins Tod  
**Staatstheater.**  
Opernhaus  
Die Frau ohne Schatten  
Die Schatzkammer  
Die Sterne  
Deutsches Theater  
Kammerspiele  
Großes Schauspielhaus  
Königsgräber Str.  
Salome  
Berliner Theater  
Die spanische Nachtigall  
Trianon-Theater  
Das Wundermittel  
Metropol

**Königstadt-Theater**  
Alexanderstraße 21  
Gala-Sänger  
790 Jähr. 2 Vorstellungen  
Prachtsäle  
Königstadt-Kasino  
Holzmarktstraße 72  
Täglich: Gr. Ball

**Residenz-Kasino**  
Damenstraße 10  
Tägl. Gr. Ball  
f. d. ältere Jugend  
Prachtsäle  
Prachtsäle  
Königstadt-Kasino  
Holzmarktstraße 72  
Täglich: Gr. Ball

**Sport-Palast**  
Das größte Kino der Welt  
Potsdamer Str. 72 u. Hochbahn-Südwagen  
DER FRAUENARTZ  
CITY-BANK

**Brifetts**  
Kundenlisten zur Neueintragung für  
Chr. Pardau & F. Röper  
Tempelhofer, an der Ringbahn, Bahnpark 21.

**Briefmarken :: Münzen**  
kauft Großmann, Johannisstr. 4.  
Jagung u. d. Briefmarken (Nr. 1/10) Norden 106 21

**NEUE WELT**  
Arnold Scholz & Masenhöfde 100-114  
Heute Sonntag, den 23. Januar 1921  
bayr. Bierfest  
Einlaß 3 Uhr ... Anfang 4 Uhr  
5 Kapellen - 30 bayr. Madi

**Rajanol-Hautcreme**  
sachgemäß parfümiert, nicht fettend, macht die Haut zart und weiß.

**BRIKETTS**  
Kundenlisten zur Neueintragung für  
Ernst Paul Roth G.m.b.H.  
Schleusenufer 3 (an der Schloßischen Brücke)  
Görlitzer Straße 17-19 (Bahnhof)

**Damen sparen Geld!**  
Inventur-Ausverkauf!  
25 bis 50 Prozent herabgesetzt  
Seidenplüsch-Paletots  
Astrachan-Kostüme

**BRIKETTS**  
Ernst Paul Roth G.m.b.H.  
Schleusenufer 3 (an der Schloßischen Brücke)  
Görlitzer Straße 17-19 (Bahnhof)

**Oberschlesier!**  
Die Frist zur Eintragung in die Stimmliste läuft in den nächsten Tagen ab.  
Eile tut not!  
Wer seine Photographie noch nicht beschafft und seinen Stimm Antrag noch nicht vollzogen hat, wende sich sofort an die nächste Ortsgruppe der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier, falls er nicht bereits bestimmte Anweisung erhalten hat, die peinlichst befolgt werden muß. Jetzt muß vor allem zunächst das Stimmrecht gesichert werden.  
Wer die Frist versäumt, gibt sein Stimmrecht preis und übt damit Verrat am Vaterlande.  
Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier.

# Das Hohelied der Steuerhinterziehung

## Die bürgerlichen Parteien für den Abbau der Besitzsteuern

Der Reichstag hatte gestern wider Erwarten eine lehrreiche Steuerdebatte. Entgegen den Wünschen der bürgerlichen Parteien erfolgte bereits bei der ersten Lesung der von der Regierung vorgelegten Novelle zum Einkommensteuergesetz eine Debatte, in der die Vorgänge aus dem Steueraussschuß des Reichstags in das helle Licht der Öffentlichkeit gezogen wurden. Hier sind nämlich die in dieser Frage vollkommen einigen Vertreter der bürgerlichen Parteien seit Wochen an der Arbeit, trotz der ungeheuren Finanznot des Reiches die Besitzsteuergesetze abzubauen. Und es war ihnen sehr unangenehm, daß dieses Treiben aus dem Dunkel der Kommissionen in das helle Licht der öffentlichen Verhandlung gezogen wurde.

Helfferich führte die Hauptverteidigung, unterstützt von dem Volksparteiler Dr. Seder, dem Bayerndoktor Heim, dem Zentrumsmann ten Hompel und dem Demokraten Dr. Pöhlmann. Aber was er und andere Redner zu umschreiben suchten, sprach der Bayerndoktor Heim offen aus. Nach ihm ist der Drang der Selbsterhaltung der einzelnen gegenüber dem Staat ein durchaus löbliches Beginnen, d. h. er rechtfertigte die bewußt begangene Steuerhinterziehung der Besitzenden. Es war deshalb von hohem Interesse, daß der Finanzminister Wirth später feststellte, daß ein Artikel Heims sogar zur Bildung von Selbstschutz-einrichtungen der Landwirtschaft gegen die Steuerentziehung aufgefordert hatte.

Der Rechtssozialist Keil, der den Reigen der Redner eröffnete, enthüllte interessantes Material über die Verhandlungen des Steueraussschusses, in denen die Herren Helfferich und Konforten, unterstützt von dem Zentrum, sich weit ungehämmt ausgedrückt hatten als jezt im Plenum. Genosse Dr. Herz ergänzte dieses Bild äußerst wirksam nach einer anderen Seite. Dem Jammern der Bürgerlichen über die Undurchführbarkeit der Besitzsteuern hielt er die Feststellungen des Professors Bühler in Münster entgegen, der nachgewiesen hat, daß die Geldentwertung die Grundlage der Besitzsteuern völlig verändert habe, daß sie abgewälzt worden sind, daß das Reichsnotopfer völlig falsch veranlagt wurde und die sonderbar gepriesene Besitzsteuergesetzgebung völlig bankrott gemacht habe. Keiner der ihm folgenden bürgerlichen Redner wagte es, auf diese Feststellungen einzugehen!

### Sitzungsbericht

Zunächst wird das Gesetz über die Betriebsbilanz und die Betriebsgewinn- und Verlustrechnung dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

### Änderung des Einkommensteuergesetzes

Auf der Tagesordnung steht weiter der Gesetzentwurf zur Änderung des Einkommensteuergesetzes.

Abg. Keil (Soz.): Man hat sich über die rasche Reformbedürftigkeit des Einkommensteuergesetzes lustig gemacht, und zwar sind das dieselben Leute, die an der überstürzten Steuergesetzgebung schuldig sind. (Sehr wahr! links.) Die Beseitigung der Härten aus der Doppelbesteuerung von 1920 erfordert schwierige Umstellungen. Aber den Luxus weiterer technischer Schwierigkeiten können wir uns nicht mehr leisten. Schwierigkeiten ergeben sich auch bei den Ansprüchen der Länder und namentlich der Gemeinden. Manche Länder, wie Preußen, haben den Gemeinden schon große Zugeständnisse gemacht. Wir begrüßen es, daß die Steuerfreiheit der Abgaben für wohltätige, kulturelle und politische Zwecke durch die Vorlage beseitigt wird. Die Einführung dieser Steuerfreiheit haben wir seinerzeit einen gesegensreichen Anlauf genannt. Es gibt keine Ausgaben, die kulturfördernd wären, als die für den wirtschaftlichen Aufbau des Reiches. Das Steuerfreie Einkommen darf überhaupt nur bis zu einer gewissen Einkommensgrenze gewährt werden; andererseits muß bei den niedrigsten Einkommensstufen die Schonungsgrenze heraufgesetzt werden. Leider wurden unsere dahin zielenden Anträge seinerzeit von den bürgerlichen Parteien niedergestimmt. Die instinktive und gar nicht politisch organisierte Ablehnung des Steuerabzuges vom Lohn durch die Arbeiterschaft war das beste Zeugnis für die unerträgliche Belastung; jedoch wäre es richtiger gewesen, den Hauptsturm nicht gegen das technische Verfahren des Steuerabzuges, sondern gegen die Höhe der Steuer zu richten. Aus dem Jahre 1920 sind noch viele Reste von nicht eingezogenen Steuern übrig; es wird nichts übrigbleiben, als diese Steuerhufen bis zur Einkommensgrenze von 4000 Mark zu streichen. Der Lohnabzug muß in Einklang gebracht werden mit der Steuerlast, die endgültig zu zahlen ist. Bei der Einziehung der Besitzsteuer ist man sehr launisch verfahren. Trotz der zweifelslos vorhandenen Ueberlastung der Behörden hätte für die Durchführung der Steuergesetze viel mehr geschehen können. Trotzdem ist mit dem Abbau der Besitzsteuergesetze, der von Herrn Helfferich und seinen Freunden gefordert wird, schon begonnen worden. Die deutsche nationale Volkspartei ist dabei zur stillen Teilhaberin der Regierungensozialisten geworden. (Sehr wahr! links. — Widerspruch rechts.) Im Steueraussschuß sah sich der Reichsfinanzminister bei der Beratung des Reichsnotopfers von der eigenen Fraktion sowie von den übrigen Regierungsparteien verlassen und fand nur an unserer Fraktion eine Stütze. Das Zentrum ist im Ausschuss nur durch Großindustrielle und Großagraren vertreten, die die Interessen des Mittelstandes völlig vernachlässigen. Unerhört ist es, daß man der Reichsregierung eine verminderte Heranziehung des Grundbesitzes aufzwingen will, die im direkten Gegensatz zum Sinne des Gesetzes steht. Anstatt für die Wertbemessung den Ertrag der Jahre 1914—19 zugrunde zu legen, wollen die Herren die Erträge der Jahre 1908—09 bis 17—18 herangezogen sehen. Wenn die Anträge angenommen werden, so muß das

### das ganze Notopfergebäude zum Schwanken bringen.

Schon durch das jetzige Gesetz ist das im Grundbesitz investierte Vermögen ganz bedeutend gegenüber dem sonstigen bevorzugt. Wenn jemand behauptet, daß die deutsche direkte Steuergesetzgebung bis zum äußersten Maße angespannt sei, und nur indirekte Massenbesteuerungen übrigblieben, so ist das un wahr. Für mich bleibt es Hauptgrund, daß der Arbeitslohn des deutschen Volkes, ohne die wir nicht mehr hochkommen können, Schutz gewährt wird, und nicht dem Vermögen der deutschen Millionäre. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Helfferich (Dnl.): Es ist doch eigentümlich, daß das Einkommensteuergesetz, obwohl erst ein Jahr alt, bereits mehrere Kinder hat. (Heiterkeit.) Dieser Kinderlegen dürfte mit der heutigen Vorlage noch nicht zu Ende sein. Ueber die Aushebung der Steuerfreiheit für kulturelle Zwecke lassen wir nicht mit uns reden. Die Revision der Besitzsteuern wird zu einem teilweisen Abbau führen müssen. (Beifall der Rechten.)

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Ich bin auch jezt noch bereit, im Punkt der Aufhebung der Abzugsfreiheit für gemeinnützige Zwecke mit mir reden zu lassen. Aber Ausgaben für politische Zwecke dürfen nicht unter allen Umständen steuerfrei bleiben. (Beifall links.) Wenn Herr Helfferich gelagt hat, daß durch die Besitzsteuer bereits die Butter vom Brot gegessen ist, so verstehe

ich nicht, daß er uns die bisher nicht vollzogene Einziehung der Besitzsteuer zum Vorwurf macht. Zu einem Abbau der Besitzsteuern werde ich niemals meine Hand bieten. Dagegen bin ich bereit, hinsichtlich der

### Reißbesterung der Reißbesoldeten

mit mir reden zu lassen, denn hier handelt es sich nicht um den Besitz, sondern um das Einkommen. Verhindert muß nur werden, daß für unsere Steuerpolitik das „zu spät“ gilt, das leider von der Politik des Abg. Helfferich gesagt werden muß. (Widerspruch rechts.) Dem Antrage für die Wertbemessung der landwirtschaftlichen Grundstücke die Jahre 1912—1916 anstatt der Jahre 1914—1919 zugrunde zu legen, kann ich in seiner Totalität nicht zustimmen. Ein großes Finanzprogramm zu geben, wäre zurzeit durchaus töricht. Wir müssen die Wege eröffnen, die notwendig sind, um ein weiteres Finanzelend zu erproben.

Abg. ten Hompel (Zentrum) rechtfertigt die Haltung des Zentrums zum Abbau der Besitzsteuern.

### Abg. Dr. Herz (U. S. P.):

Es ist sehr bezeichnend, daß bei der Novelle über die Einkommensteuer nicht in erster Linie über diese Frage gesprochen wird, sondern über die Frage des Abbaus der Besitzsteuer. Obwohl die Besitzsteuern ohnedies nur auf dem Papier stehen, sind die bürgerlichen Parteien dabei, sie noch mehr abzubauen. Während früher das Zentrum die Steuerpolitik Erzbergers unterstützte, hat der jetzige Reichsfinanzminister des öfteren Ursache, sich gegen seine Fraktion zu wehren. Wir können daher die jetzige und künftige Politik des Zentrums nur mit dem größten Mißtrauen verfolgen.

### Die Einhebung der Steuerrückstände bei der Einkommensteuer ist unmöglich.

Die Rückstände müssen deshalb bei den unteren Einkommensstufen wesentlich vermindert oder völlig beseitigt werden. Auch eine Entlastung der Gemeinden, die durch dieses Gesetz auf die schiefste Bahn gebrängt worden sind, ist dringend notwendig. Die Abzugsfähigkeit der Beträge für mildtätige oder politische Vereine ist eine ungeschickteste Bevorzugung der Besitzenden. Durch diese Bestimmung gehen große Teile der Erträge aus der Einkommenbesteuerung verloren, ohne daß sie mildtätigen oder wohltätigen Zwecken zufließen. In der Praxis bedeutet diese Bestimmung nichts anderes als eine

### tafkräftige Förderung der Propaganda der rechtsstehenden Parteien aus öffentlichen Mitteln.

Die Vorgänge im Steueraussschuß haben gezeigt, daß das Bestreben der bürgerlichen Parteien auf einen Abbau der Besitzsteuergesetze unter gleichzeitiger Erhöhung der indirekten Steuern hinauslaufen. Wir werden das mit den allerhöchsten Mitteln bekämpfen. Indirekte Steuern erschweren den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens, belasten den Massenkonsum und die Lebenshaltung in größerem Umfang als die Steuerträge für das Reich bringen. Indirekte Steuern sind um so verwerflicher, als der Finanzbedarf des Reiches in den letzten Jahren überhaupt nur gedeckt wurde mittels indirekter Steuern und der Erträge der Reichseinkommensteuer.

### Es ist un wahr, daß die Besitzsteuern undurchführbar seien.

Im Auslande sind viel höhere Steuerlasten eingeführt und werden auch gezahlt. In Deutschland stehen die Besitzsteuergesetze nur auf dem Papier, nicht infolge wirtschaftlicher oder technischer Schwierigkeiten, sondern wegen der Steuerhufen und der Staatsfeindschaft der Besitzenden. Es ist sehr bezeichnend, daß der Abgeordnete Helfferich meinen dreimaligen Zwischenruf „Professor Dr. Bühler“ nicht beachtet hat. Er war ihm unangenehm. Denn dieser Herr hat das Übergewicht von der Undurchführbarkeit der Besitzsteuern vollkommen zerrissen. Bühler soll ein durchaus deutschnational gefinnter Mann sein. Er weist nach, daß die Geldentwertung bei der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs den Steuerlohn von 80 % auf 20 % vermindert hat (Hört! Hört! bei den U. Soz.) und daß die momentane die Deffektivität irreführender Behauptung, daß die größten Vermögen bis auf 172 000 Mark weggesteuert wurden, durchaus un wahr ist.

### Die Geldentwertung hat eine Verminderung der Steuerleistung der Besitzenden

um Milliarden zur Folge gehabt. Er weist ferner nach, daß die Verzögerung der Steuererhebung die Abwälzung der Steuer begünstigt hat und daß durch die ungeheure Steigerung der Preise die Lasten für diese eigentliche Besitzsteuer auf die große Masse der Bevölkerung abgewälzt worden sind. Dasselbe beweist Bühler für das Reichsnotopfer. Seine Enthüllungen über die Einschätzungen der Landwirtschaft zum Notopfer zeigen, daß sich an dem alten Zustand der Steuerhufen der Landwirtschaft nichts geändert hat. Bühler kommt zu dem Schluß, daß die

### gejamte Reißbesterung in Deutschland Bankrott gemacht hat.

Das ist durchaus zutreffend und wird bewiesen durch die Erfahrungen aller Kenner der landwirtschaftlichen Verhältnisse. Auch heute haben wir noch auf dem Lande den Zustand, daß der reiche Bauer nur einen Teil der Steuer zahlt, die die Dienstmägde und Lehrer bezahlen müssen. Wir verlangen, daß bei der Beratung der Novelle zum Reichseinkommensteuergesetz die Widerlungen eintreten, die durch die Geldentwertung notwendig geworden sind. Wir fordern ein ausreichendes Existenzminimum und richtungslose Erhebung der Besitzsteuern. (Lebhafte Bravo bei den U. Soz.)

Abg. Seder (D.P.): Wir sind es, die die Interessen der armen Leute und der Kultur vertreten, wenn wir für die Steuerfreiheit der Aufwendungen zu gemeinnützigen und kulturellen Zwecken eintreten. Die bürgerlichen Parteien lassen sich nicht von Abgeordneten Helfferich von sachlichen Erwägungen leiten.

Abg. Dümel (Komm.): Das meiste, was Herr Keil heute dem Entwurf angelehrt hat, ist von seinem Freunde vor einem Jahr gegen unsere Warnungen in das Gesetz hineingebracht. Damals haben Sie unsere Anträge als demagogisch abgelehnt. Diejenigen, die an der wirtschaftlichen Verelendung unseres Volkes schuld sind, werden einst an anderer Stelle Rechenschaft ablegen müssen. (Beifall bei den Kommunisten.)

Abg. Pöhlmann (Dem.): Ohne indirekte Steuern geht es nicht. Wir können nicht an den Abbau der direkten Steuern herangehen, wenn wir die indirekten nicht verschärfen.

Abg. Dr. Heim (Bayr. Vp.): Der größte Fehler bei dem Aufbau der Steuergesetzgebung war der, daß gleichzeitig mit dem Erlaß der zahllosen Steuergesetze auch eine Reform der Finanzverwaltung herangezogen worden ist. Der sogenannte Reichstag der Bauern besteht aus Papiergeld, und ihr wirtschaftlicher Reichtum, ihr Grund und Boden, leidet unter dem Rückgang des Ertrages. Die Steuern dürfen nicht so hoch werden, daß sie die Besitzenden zum Selbsterhaltungskampf gegen den Staat treiben.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Herr Dr. Heim hätte seine interessanten Ausführungen bereits im Ausschuss machen sollen. Vielleicht holt er es noch nach. Solche Vorlesungen, wie sie Dr. Heim geschilbert hat, sind mir sonst nicht zu Ohren gekommen. Es ist nur gut, daß die Finanzverwaltung jezt vertrieben ist, nun wird derartige nicht mehr vorkommen. (Heiterkeit.) Von einer Berliner Finanzdiktatur kann keine Rede sein.

Damit schließt die Aussprache. Die Vorlage geht an den Steueraussschuß. Es folgen zahlreiche persönliche Bemerkungen. Darauf verläßt sich das Haus auf Montag, 1 Uhr: Fortsetzung der Debatte über unsere Beziehungen zu Sowjet-Rußland, Justiz-Etat. Schluß 17 Uhr.

## Wirtschaftskrise und Arbeiternot

### Die Berliner Betriebsfunktionäre für planmäßige Aktionen

Die von der Berliner Gewerkschaftskommission, dem Ortsrat der Afa und der Berliner freigewerkschaftlichen Betriebsräte zentrale einberufene Konferenz der Betriebsobleute und Vorsitzenden der Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin, die am Mittwoch verlag worden war, wurde am Sonnabend vormittag in der Bodbrauerei, Fiedlinstraße, fortgesetzt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Döfke (K. P. D.) Vollmershaus nicht den Vorschlag zu verlassen, sondern eine andere Leitung zu bestimmen, da er in der letzten Sitzung Döfke um Unrecht das Wort gegeben haben soll. Diese Zustimmung der Kommunisten lehnte die Versammlung mit 280 gegen 265 Stimmen ab. Hierauf wurde in die weitere Diskussion eingetreten.

Wend: schilderte den Stand der Bewegung der Neuföllner Notstandsarbeiter. Der Notstand wolle 1500 Notstandsarbeiter „aus finanziellen Gründen“ entlassen. Er empfahl Ablehnung der Resolution der Gewerkschaftskommission und die Annahme des kommunistischen Antrages.

Guard vom Ortsrat der Afa erklärte, daß die Angelegenheiten die Bestrebungen der Arbeiterschaft mit allen Mitteln unterstützen, jedoch müsse dieser Kampf gegen die Kapitalistenklasse gerichtet sein. Die Angestellten seien nicht bereit, den Bruderkampf mitzumachen. Sie verlangen von den Vertretern der Arbeiterschaft, wenn sie Aktionen für notwendig halten, daß dann nur zielklare Wege beschritten werden. Die Angestellten stehen auf dem Standpunkt, daß Kämpfe nicht in den Gewerkschaften ausgetragen werden und der Bruderkampf einzustellen ist. Guard kommt zu dem Schluß, daß den Coe-Workern und den Neuföllner Notstandsarbeitern dann geholfen sei, wenn die Obleute die zielklare Politik betreiben, die die Gewerkschaftskommission in ihrer Resolution zur Nichtsicht genommen hat. Er empfiehlt deshalb deren Annahme.

Guise erhebt gegen Barth Vorwürfe wegen seines Verhaltens in den ersten Revolutionsmonaten. Tarnow vom Bauarbeiterverband wandte sich gegen die Ausführungen Wendts. Er stellte fest, daß die Vertreter der Neuföllner Notstandsarbeiter es nicht für notwendig erachtet hatten, sich an ihre gewerkschaftliche Organisation zu wenden. Sie haben vielmehr sofort die kommunistische Partei mit der Führung ihrer Bewegung betraut. Daß die Gewerkschaftskommission dafür eingetreten sei, daß 1500 Notstandsarbeiter entlassen werden, sei eine glatte Unwahrheit. Er könne dagegen feststellen, daß der Vorsitzende der Gewerkschaftskommission Sabath kein Mögliches getan hat, um bei den Verhandlungen zu erwirken, daß alle Notstandsarbeiter voll weiter beschäftigt werden. Er empfiehlt ebenfalls die Annahme der Resolution Barth, die positive Vorschläge enthalte und gangbare Wege weise.

Genosse Sabath: Wenn es wahr wäre, was Wendt behauptet hat, dann wäre ich wert, mit Schimpf und Schande davongezogen zu werden. Der Redner gibt eine Darstellung über die Verhandlungen über die Neuföllner Notstandsarbeiter, an denen er beteiligt war. Er habe sich jezt dafür eingesetzt, daß die Arbeit bezahlt wird, die gegen den Willen der Bauleitung geleistet worden ist. Genosse Sabath kommt dann auf die Einigungsbestrebungen der K. P. D. zu sprechen. Der Offene Brief beweise schon, daß es ihnen nicht darauf ankomme, die streikenden Arbeiter zusammenzubringen, sondern daß sie diesen lediglich zu agitatorischen Zwecken benutzen wollten. Wenn es ihnen ernstlich um die Herstellung der Einheitsfront des Proletariats zu tun gewesen wäre, dann hätten sie die Parteien zu einer Beratung zuerst im engeren Kreise einladen müssen. Dann hätte es sich herausgestellt, ob man in der Aktion zusammengehen kann. Die Vorschläge, die die Vertreter der K. P. D. in der Vorstandskonferenz gemacht haben, können nicht Gegenstand von Beratungen sein. Die Kommunisten haben einen 2stündigen Proteststreik empfohlen. Wenn er nichts helfe, soll so lange weitergestreikt werden, bis das Ziel erreicht ist. Wer solche Vorschläge macht, beweist damit, daß er entweder dumm ist oder außerordentlich veranwortungslos handelt. Sabath spricht dann die in der Resolution gemachten Vorschläge und empfiehlt deren Annahme.

Ein von kommunistischer Seite gestellter Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. An Stelle des durch Heilerkeit verhanderten Korreferenten Kiedel, hält P. Neumann (K. P. D.) das Schlusswort: Wir verlangen in unserer Resolution, daß die Berliner Gewerkschaftskommission die Berliner Arbeiterschaft in den Kampf führt. Wenn sie das nicht will, dann ist das Mißtrauen der Arbeiter gegen sie berechtigt. Der Offene Brief der K. P. D. wollte die Einheitsfront des Proletariats herstellen. Der Redner kommt dann auf die bekannten 8 Punkte aus den Märztagen zu sprechen, von denen nicht einer durchgeführt worden ist. (Zuruf: Ruch und Däumling waren damit einverstanden!) Neumann erklärt, daß die Kommunisten gewerkschaftliche Disziplin üben wollen, aber verlangen müßten, in den Gewerkschaften als Gleichberechtigte behandelt zu werden. Von den Sozialisierungsmahnahmen der Regierung erwarten wir nichts, nur im Kampf um größere Ziele könnten wir siegen. Er empfiehlt die Resolution der Kommunisten zur Annahme.

Genosse Barth (Schlußwort): Gegenüber den Angriffen, die Guise zu meiner Stellung während der ersten Revolutionsmonate hier gemacht hat, ist es mir ein Leichtes, zu beweisen, daß der von mir damals eingenommene Standpunkt der allein richtige war. Mit aller Schärfe habe ich den Beschluß des Vollzugsrats bekämpft, den Gewerkschaften, die eben erst die Arbeiterschaft eingepaßten waren, die wirtschaftliche Macht zu übertragen. Genosse Barth kommt dann auf die Dokumente zu sprechen, die in der gestrigen Morgenausgabe der „Roten Fahne“ über die Orgesch mitgeteilt worden sind. Diese beweisen, falls sie echt sind, daß keine Auffassung über die gegenwärtige Lage richtig sei. Die Dokumente beweisen aber weiter, daß die Reaktion es darauf abgesehen hat, die revolutionäre Arbeiterschaft durch provokatorische Mahnahmen in Aktionen hineinzutreiben. Wenn man dies erkennt, hat man als Führer der Arbeiterschaft die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, der Arbeiterschaft die Augen zu öffnen. Ich warne Sie auf das Eindringlichste, lassen Sie sich nicht provozieren, lehnen Sie unter allen Umständen alle Einzel- oder Teillösungen ab.

Genosse Barth kommt dann auf die Elendslage des deutschen Proletariats zu sprechen. Dem Elend ist nur beizukommen, wenn es uns gelingt, den Sozialismus zu verwirklichen. Wir werden deshalb zu Aktionen kommen müssen. Dazu aber ist notwendig, daß die breite Masse des Proletariats für eine große Idee und für das große Ziel mit Begeisterung erfüllt wird. So wie 1918 die Masse darauf eingestellt war, ein Ende zu machen mit dem Massenmorden, so muß heute das Proletariat eingestellt werden für das große Ziel: Schluß zu machen mit dem Massenelend. Die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wird nur dann beseitigt, der Sozialismus nur dann errichtet werden, wenn alle proletarischen Kräfte gesammelt und planmäßig in einer Front kämpfen. Genosse Barth zerpflegt dann bis von den Kommunisten gemachten Vorschläge. Innerhalb drei Tagen haben sie in einer Aktion drei Parolen herausgegeben. Erst haben sie den 2stündigen Proteststreik gefordert, wenn ein Ultimatum an die Unternehmer und die Regierung nicht helfen sollte. Jezt verlangen sie in der Resolution die Proklamierung des Generalstreiks. Hedert machte in der Vorstandskonferenz den Zwischenruf: Wenn Ihr (die Gewerkschaftspara-



## Sexueller „Bolschewismus“

Von Dr. Julius Mojcs

Der deutsche Fremdwortvorkat ist um einen Ausdruck bereichert worden: Sexueller Bolschewismus. Aber diese Bereicherung gibt in Wirklichkeit eine Berührung und Verwischung Ausdruck. Bolschewismus ist Vernichtung. Sexueller Bolschewismus ist Verwischung auf dem Gebiet des sexuellen, des Geschlechtslebens, ist Verleugung aller Grundlagen, auf denen die Sittlichkeit ein gesundes Empfinden, sich aufbaut.

So, jetzt wissen wir endlich, was sexueller Bolschewismus ist. Im frommen „Reichsboten“ hat uns der Pastor Ludwig Hoppe aus Lichterfelde in kurzen Worten auseinandergesetzt, was er ausführlich in einer Broschüre mit gleichem Titel in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer der „Volksgemeinschaft zur Wahrung von Anstand und guter Sitte“ in Form einer Kampfschrift für die „Brüder im Amt“ herausgegeben.

„Die Moralbolschewisten zur Selbstzerstörung des deutschen Volkes rufen sich zum Sturm auf gegen den § 218 des GStB, welcher die Fruchtabtreibung mit schwerer Zuchthausstrafe bedroht.“ — „Es geht um den Versuch, den kaum noch verschleierte Kindesmord zu legalisieren.“ — „Uns Pfarrer und Seelsorger darf dieser Kampf nicht unvorbereitet finden.“ —

„Schon jetzt müssen wir uns selbst zum heiligen Kampf gegen die teuflischen Absichten der Bolschewisten und Gewissensmörder rufen.“ — „Das Eitergeschwür, welches als Segen der Revolution vor aller Welt verherrlicht werden soll, freizubekommen in der Gestalt des stillen Todes am Lebensmarkt unseres Volkes.“ — „Tretet heraus, Gemeinde für Gemeinde, insonderheit Ihr Frauenvereine und kündet dem Reichstag in Form von Protesten und Resolutionen, daß Ihr fest entschlossen seid, Euch Eure christliche deutsche Gesinnung und Gestitung von niemand rauben zu lassen.“

Diesem Rufe des Herrn Pastor Hoppe sind denn auch die evangelischen und katholischen Frauenvereine bereits gefolgt: „Auf zum Kampf gegen den sexuellen Bolschewismus, gegen die Nordgefahren, die ihr unheimliches Handwerk nicht etwa nur im verschwiegenen Dunkel der Nacht, sondern auch am hellen Tage treiben.“ — „Wieder zurück zu den Quellen des Lebens und der Freude, zur Sittlichkeit unserer Vorfäter.“

Sexueller Bolschewismus: Was man nicht definieren kann, sieht man als Bolschewismus an. Wozu doch nicht alles der Bolschewismus seinen Namen hergeben muß. Es geht ihm heute so, wie es dem Wort „Demokratie“ bald nach dem Völkerverfall des Jahres 1848 ergangen ist. Auch der Demokratie legte man damals alle Sünden und Gebrechen der neuen Zeit zur Last. Ja, ein freiburger Jüngling der Medizin gab damals an der Berliner Universität eine Doktorarbeit unter dem Titel: „De morbo democratico“ (über die demokratische Krankheit) heraus, in der er den wissenschaftlichen Nachweis zu erbringen suchte, daß die Demokratie die geistige Erkrankung eines Volkes darstelle. Es handelt sich dabei nicht etwa um einen Scherz, eine Verhöhnung oder Parodie. Mit tödlichem Ernst, mit wissenschaftlicher Mühe, unter Anwendung eines gewaltigen geistigen Aufwandes wurde der Versuch gemacht, die Bewegung des Jahres 1848 unter psychopathischem Gesichtspunkt zu erklären; genau so, wie es vor kurzem deutsche Professoren mit der Revolution von 1918 gemacht haben.

Deutsche Professoren sind zu allem fähig, nur nicht mit der Fackel der Wahrheit in verrottete Zustände hineinzuleuchten.

Wir denken natürlich nicht daran, hier diese Schrift über den sexuellen Bolschewismus zu widerlegen. Es ist dies auch nicht nötig. Denn hier handelt es sich um zwei Welten, die einander nicht verstehen und nicht verstehen können. Allen jenen Auslassungen liegt aber ein einziges gemeinsames Moment zugrunde. Sie hüten sich wohl, die Sache da anzufassen, wo sie einzig und allein angefaßt werden muß: am wirtschaftlichen und sozialen Problem. Denn die Herrschenden wissen ganz genau, daß sie mit all ihrem Sittlichkeitsgeschwätz und aller religiösen Salbaderei kläglich Schiffbruch leiden, sobald einmal der ganze Streit auf seinem ureigensten Gebiete, dem wirtschaftlichen, sozialen ausgefochten wird. Aber jene Leute hüten sich wohl, dies gefährliche Terrain zu betreten. Sie kämpfen lediglich auf dem Boden, der ihnen bekannt und vertraut ist. Auf das Gebiet des Sittlich-Religiösen wird so der Kampf hinübergespielt, wäh-

rend es doch einem jeden, der Augen im Kopfe hat, längst klar geworden sein sollte, daß es sich hier um eine Frage rein wissenschaftlicher Natur handelt, um ein Problem der Soziologie. Und wenn immer und immer wieder der Kernpunkt des ganzen Problems verschoben wird, indem man die Frage künstlich auf das Religiöse und Sittliche hinüber zu lenken sucht, so liegt doch die Frage nahe, wo die wahre Religiosität und Sittlichkeit zu suchen ist. Ob bei denen, die durch eine vernünftige, durch die Zeit gebotene Regulierung der Geburten eine bessere Zukunft anzubahnen suchen, oder bei denen, die unter allen Umständen das alte Elend erhalten wissen wollen, mögen darob auch Mutter und Kind dahinstehen und ganze Generationen einem überwundenen, bornierten Sittlichkeitsfanatismus zum Opfer gebracht werden.

Allen Versuchen gegenüber, die darauf abzielen, den entscheidenden Punkt unseres Kampfes, gegen das Abtreibungsgesetz zu verschieben, muß mit aller Deutlichkeit noch einmal gesagt werden: Nicht um eine Frage der Sittlichkeit handelt es sich hier. Denn das ist doch nicht mehr sittlich, was in den weitesten Volksschichten schon längst nicht mehr als sittlich empfunden wird. Das kann nicht sittlich sein, was zur Verelendung eines großen Teiles unseres Volkes so unendlich viel beiträgt. Oder ist es etwa sittlich, wenn kranke, zermürbte Eltern Kinder in die Welt setzen, die das Siedtum der Eltern fortspalten? Ist das sittlich, die Welt um eine Generation zu bereichern, die Elend und Not für weitere Generationen stabilisiert? Erst sorgt dafür, daß Gesundheit und Kraft wieder Besitz ergreift von dem Geschlecht unserer Zeit, daß Licht und Lust, Nahrung und Kleidung, behagliche Unterkunft und was sonst zu den freundlichen Dingen des Lebens gehört, im Proletariat zu den selbstverständlichen Lebenserwartungen gehört. Dann läßt sich das Problem vielleicht einmal in einem anderen Licht betrachten. Mit moralischen Redensarten kann man keine gesunden Kinder in die Welt setzen, keine Säuglinge ernähren, keine Kinder fleiden. Erst geht dem Volke Kraft und Gesundheit zurück, die ihr ihm zerstört habt und dann sprecht von Sittlichkeit und Moral.

## Dehmels sozialistische Lyrik

Selbstnisse in seinen Briefen

Viele tausende Proletarier haben Richard Dehmel als Dichter der Reifezeit und vieler sozialistischer Gedichte kennen und lieben gelernt. Wie Dehmel seine sozialistische Lyrik beurteilt und wie er über sie gedacht hat, geht aus den Briefen hervor, die jetzt aus seinem Nachlaß veröffentlicht werden. In einem Brief an seinen väterlichen Freund Georg Ebers (20. Sept. 1891) hat er sich ausführlich über seine sozialistischen Ideen und seine Mission als Arbeiterdichter ausgesprochen. Wenn wir auch mit manchen seiner Gedanken aus politischen und marxistisch-philosophischen Gründen nicht übereinstimmen, so steht doch seine Kraft und eigene Denktiefe in ihnen, daß es sich wohl lohnt, sie kennen zu lernen. So heißt es in den erwähnten Briefen Ebers, den wir in der „Neuen Rundschau“ finden:

„Zum Tröster fühle ich mich nicht berufen — keinem gegenüber, auch dem niederen Volke nicht. Das widerspricht meiner ganzen Glücksauffassung, die darin gipfelt, daß nur der Einzelne selber sich seine heilsamen Erleuchtungen gestalten kann. Aber andere auf einen höheren Gesichtspunkt erheben, so daß ihr Trieb zur Selbsterlösung, zur Hingabe an ewig Allgemeines kräftiger und bestiger wird: ja, das ist die Sehnsucht meines Lebens. Und wenn mir dieses noch nicht vollständig ist, soweit ich jene Allerärmsten der geistig Armen im Auge hatte: nun, so bin ich eben selber noch ein Ringender.“

Ja, Sie haben recht: es steht noch zu viel bloßes Mitleid in diesen sozialen Gedichten, noch nicht Glaube genug an die Glücksfähigkeit auch des bedrängtesten Gemütes, des beengtesten Geistes, des gequältesten Leibes.

Dennoch möchte ich mich verteidigen. Zunächst dagegen, als hätte ich diese Gedichte eben nur für das „Volk“ im engeren Sinne geschrieben, für den vierten Stand, den Proletariat. Ganz und gar nicht. An den Proletarier richtet sich eigentlich nur die Ballade „Ein Märtyrer“. Ich für meine Person glaube überhaupt nicht, daß der sozialistische Staat an und für sich auch nur einen Funken mehr

wahren Glückes in die Welt bringen würde. Aber diese Leute, die nur die Not der Armen kennen, die nichts wissen von der Last des Wohlbehagens: sie, sie glauben doch daran! und kein Apollonius und kein Zosimos würde sie jemals überzeugen können, daß Bedürfnislosigkeit der Sinne das höchste Ziel der Weisheit sei, weil sie eben niemals in der Lage waren, sich selbst davon zu überzeugen, — weil sie immer nur empfinden, daß sie zur Bedürfnislosigkeit gezwungen sind, — weil ihnen mit den finnlichen Genüssen bisher auch aller feinere Genuß der freieren Güter des Lebens, der geistigen Güter, verschlossen war. Ist es da nicht höchst natürlich, daß der Mann der Masse — und gerade der Edlere — den Fehlschluß macht, der dieser ganzen Wirtschaftstheorie zugrunde liegt: den materialistischen Fehlschluß, daß das Glück der Seele vom Begehren des Leibes bedingt ist? Können wir uns nicht — wir, die wir ohne große Mühe die reifsten Früchte vom Baum der Bildung pflücken können! Jene Lehren Zosimos und seiner heidnischen wie christlichen Vorläufer haben Ueberzeugungswert nur für solche Naturen, die entweder noch gar nicht mit der Kultur in Berührung gekommen sind — wie der Mann ohne Hemde im Märchen — oder die eine Ueberkultur bis zum Ueberwillen durchkostet haben — wie der kranke König — nie und nimmer aber für Leute, die im Dienste der Kultur oder gar unter der Fron einer Ueberkultur von ihren Segnungen oder Ueppigkeiten ausgeschlossen bleiben. Und ist in solchen Leuten einmal ein eigener Erlösungsdrang erwacht, so würde jedes Mittel zur weiteren Veredelung, das nicht aus diesem ihrem eigenen Drang heraus zu ihnen spricht, auf unfruchtbaren Boden fallen. Und darum: in die Seele dieser Leute hinein begreife ich ihr sozialistisches Ideal und billige es. Nicht etwa bloß von dem allgemeinen Standpunkt aus, daß jedes Zukunftsstreben — welcher Art auch immer — als Entfesselung latenter Energie keinen irrtümlichen entwickelnden Wert hat. Sondern in diesem Falle auch aus der besonderen Wahrnehmung heraus, daß der begeisterte Glaube des Proletariats an sein materialistisches Dogma tatsächlich einen idealistischen Rückschlag zu überwinden beginnt auf das sittliche Bewußtsein unseres ganzen Volkes. Das wollte ich durch den „Bergpalm“ ausbilden, speziell durch den vorliegenden Vers!

Und diese Millionenstimme, die hell nach Brot vor Seelenhunger schreit, in rechte Töne zu bringen, das war das Bestreben, welches mich bei allen diesen Gedichten geleitet hat. Sollte nicht auch das seinen erhebenden Wert haben? Denn ich sage ja dem Parteiproletarier — eben in jener Märtyrerballade: Euer Kampf wird Früchte tragen nur dann, wenn er selbstlos ist, wenn der Einzelne bereit ist, sein persönliches Lebensglück dem Ideal zu opfern. Diese graname Erkenntnis verlangt meines Erachtens jeglicher Idealismus, — und das ist auch der eigentliche Inhalt des Gedichtes „Märtyrer Klasse“. Freilich: um dem Opfer seine Bitterkeit zu rauben, muß der Idealismus jene Höhen selbster Betrachting erliegen können, von denen her der Leibesnot und Leidens nicht mehr sichtbar ist, — muß ein Idealismus nicht des sorgenden Verstandes, sondern des starken gläubigen Gemütes erstrahlen werden, der auch die Verunsicherung beseitigt und beruhigt, indem er jeden zwingt und fähig macht, den Lebenswert des Einzelnen nur noch am großen ewigen Geleis der Allenentwicklung zu messen — zumal den Wert des eigenen Lebens. Und auch Dies habe ich zu gestalten versucht in den Gedichten „Anna domini 1812“, „Die Nacht“, „Ein Dankopfer“ und symbolisch in der Ode „Blomar“, vor allem aber durch „Johannes in Gethsemane“.

Von der Filmprüfung. Der Reichsminister des Innern hatte veranlaßt, daß der einzige Legation der Film-Öberprüfstelle und der Prüfstelle Berlin zu einer Besprechung über Fragen des Vorkaufsrechtes zusammenkamen. Der Leiter der Oberprüfstelle, der Schriftsteller und Staatsanwalt Carl Sulde, erklärte, daß die Zensur nur ein Prüfungsverfahren sei, das dem Antragsteller die Möglichkeit biete, auch nach Ablehnung einer Zulassungsartikeln seinen Antrag zu widerrufen. Die augenblickliche praktische Handhabung des Gesetzes habe sich gegen den Schuld- und Schmutzfilm zu wenden. Polizeirat Mühlner, der Leiter der Berliner Filmprüfstelle, äußerte sich über die bisherigen Erfahrungen bei der Anwendung des Vorkaufsrechtes. In Berlin seien während des neuen Gesetzes tausend Bildstreifen, und zwar 3500 Kette in der Länge von 1142 000 Metern geprüft worden. Aus 172 Filmen sind 2017 Meter entfernt worden. Nur zehn Bildstreifen sind völlig verboten worden.

## Carmen

Novelle

von Prosper Mérimée

Übersetzt von Franz Schnabel

(Fortsetzung.)

„Ich kann einem so freundlichen Herrn, der mir so herrliche Zigarren gibt, nichts abschlagen“, rief Don José gutgelaunt aus; und er ließ sich die Mandoline geben und sang, indem er sich selbst begleitete. Seine Stimme war rau, aber doch angenehm, die Melodie schwermütig und eigenartig; von dem Texte verstand ich kein Wort.

„Wenn ich mich nicht täusche“, sagte ich zu ihm, „ist das kein spanisches Lied, das Sie da soeben gesungen haben. Es gleicht den Forjicos, die ich in den Provinzen gehört habe, und die Worte müssen baskisch sein.“

„Ja“, antwortete José mit düsterer Miene.

Er legte die Mandoline zur Seite, kreuzte die Arme und begann mit einem seltsamen Ausdruck von Traurigkeit in das verlöschende Feuer zu schauen. Sein von einer auf dem kleinen Tische stehenden Lampe erhelltes Gesicht, edel und wild zugleich, erinnerte mich an den Satan Miltons. Wie jener dachte auch mein Gefährte jetzt vielleicht an die Heimat, die er verlassen hatte, an die Verbannung, in die er durch ein Vergehen gestürzt war. Ich versuchte die Unterhaltung wieder zu beleben, aber er antwortete nicht, in seine traurigen Gedanken versunken. Schon hatte die Alte sich in einer Ecke des Raumes hinter einer durchlöchernten Decke, die an einem Strick aufhängt war, zur Ruhe begeben, und das kleine Mädchen war ihr in diesen, dem schönen Gesichte vorbehaltenen Winkel gefolgt. Da erhob sich mein Führer und lud mich ein, ihn in den Stall zu folgen; aber bei diesen Worten fuhr Don José auf wie einer, der plötzlich aus dem Schlafe geweckt wird, und fragte ihn barsch, wohin er wolle.

„In den Stall“, antwortete der Führer.

„Was dort tun? Die Pferde haben zu fressen. Lege dich da nieder, der Herr wird es erlauben.“

„Ich fürchte, das Pferd des Herrn ist krank; ich möchte, der Herr sähe nach ihm; vielleicht weiß er, was sich tun läßt.“

Offenbar wollte Antonio mich allein sprechen; aber ich wollte Don José keinen Grund zum Argwohn geben, und in der Lage, in der wir uns nun einmal befanden, schien es mir das Beste zu sein, das größte Vertrauen an den Tag zu legen. Ich antwortete also Antonio, daß ich von Pferden nichts verstande und des Schlafes bedürfte. Don José folgte ihm in den Stall, von wo er bald allein zurückkam. Er sagte mir, dem Pferde fehle nichts, mein Führer aber halte es für ein so kostbares Tier, daß er es mit seiner Zade abreibe, um es in Schwelch zu verlegen, und die Nacht mit dieser angenehmen Beschäftigung zubringen wolle. Inzwischen hatte ich mich auf die Kautschukdecken ausgebreitet, sorgfältig in meinen Mantel gehüllt, um sie nicht zu berühren. Don José bat mich um Entschuldigung, daß er sich die Freiheit nehme, an meiner Seite sich niederzulassen, und legte sich dann vor der Tür auf die Erde, nicht ohne vorher das Zündhütchen seiner Pistole erneuert zu haben, die er darauf sorgfältig unter den Mantelsack legte, der ihm als Kopfkissen diente. Wir wünschten uns noch gegenseitig gute Nacht, und schon fünf Minuten später waren wir beide fest eingeschlafen.

Ich glaubte müde genug zu sein, um auf einem solchen Nachtlager schlafen zu können; aber nach Verlauf einer Stunde riß mich sehr unangenehmes Jucken aus meinem ersten Schlafe. Sobald ich die Ursache entdeckt hatte, stand ich auf in der Ueberzeugung, daß es besser sei, den Rest der Nacht unter freiem Himmel zuzubringen, als unter diesem unangenehmen Dache. Ich schlich mich auf den Fußspitzen zur Türe, machte einen großen Schritt über das Lager Don José's, der den Schlaf des Gerechten schlief, und gelangte so aus dem Hause, ohne daß er erwachte. Nahe bei der Türe stand eine breite Holzbank; dort streckte ich mich aus und richtete mich so gut es gehen wollte darauf ein, so den Rest der Nacht zu verbringen. Schon wollte ich gerade die Augen zum zweiten Male schließen, als es mir schien, als ob der Schatten eines Mannes und eines Pferdes völlig geräuschlos an mir vorbeizöge. Ich setzte mich aufrecht und glaubte Antonio zu erkennen. Ueberrascht, ihn zu solcher Stunde außerhalb des Stalles zu sehen, erhob ich mich und schritt auf ihn zu. Er war stehengeblieben, da er mich zuerst bemerkte hatte.

„Wo ist er?“ fragte er mich mit leiser Stimme.

„In der Venta; er schläft und fürchtet die Wachen nicht. Aber warum führt Ihr denn das Pferd aus dem Stalle?“

Ich bemerkte erst jetzt, daß Antonio die Hufe des Pferdes sorgfältig mit den Resten einer alten Decke umwickelt hatte, um beim Verlassen des Schuppens keinen Lärm zu machen.

„Am Gottes willen, reden Sie leiser!“ sagte Antonio; „Sie wissen also nicht, wer der Mann da drinnen ist? Es ist José Navarro, der größte Bandit Andalusiens. Den ganzen Tag schon habe ich Ihnen Zeichen gegeben, die Sie nicht haben verstehen wollen.“

„Bandit oder nicht, was geht das mich an?“ antwortete ich; „er hat uns nicht bestohlen, und ich möchte wetten, daß er dazu auch gar keine Lust hat.“

„Meinetwegen; aber es sind zweihundert Dukaten auf seine Ergreifung ausgelegt. Unterhalb Weiten von hier weiß ich einen Mannsposten, und nach vier Tagesanbruch werde ich einige handfeste Burschen hierherführen. Ich würde sein Pferd genommen haben, aber es ist so böseartig, daß sich niemand außer dem Navarro ihm nähern kann.“

„Daß Euch der Teufel hole!“ sagte ich zu ihm. „Was hat Euch dieser arme Mensch zuleid getan, daß Ihr ihn anzeigen wollt? Im übrigen, seid Ihr auch sicher, daß es der Brigant ist, von dem Ihr redet?“

„Vollkommen sicher; vorhin ist er mir in den Stall gefolgt und hat zu mir gesagt: Du scheinst mich zu kennen; wenn du aber diesem braven Herrn verrätst, wer ich bin, werde ich dir eine Kugel durch den Kopf jagen.“ Bleiben Sie also in seiner Nähe; Sie haben nichts zu fürchten! Solange er Sie da weiß, wird er keinen Verdacht schöpfen.“

Während wir so miteinander redeten, hatten wir uns schon weit genug von der Venta entfernt, so daß man die Hufeisen des Pferdes dort nicht mehr hören konnte. Antonio hatte in einem Augenblick die Lumpen entfernt, mit denen er die Hufe des Pferdes umwickelt hatte, und schickte sich an, aufzuhüpfen. Ich suchte ihn durch Bitten und Drohungen zurückzuhalten.

„Ich bin ein armer Teufel“, sagte er zu mir; „zweihundert Dukaten sind keine Kleinigkeit für mich, besonders wenn es sich darum handelt, das Land von einer derartigen Plage zu befreien. Aber nehmen Sie sich in acht; wenn der Navarro erwacht, wird er nach seiner Pistole greifen, und dann Gnade Ihnen! Ich bin schon zu weit, um noch zurück zu können; sehen Sie zu, wie Sie zurückkommen.“

(Fortsetzung folgt.)



Groß-Berlin

Öffentliche Wählerversammlungen

Montag, 24. Januar

Schöneberg, 7 1/2 Uhr, Schulaula, Hohenzollernschule, Belgier Straße. Referent Genosse Dr. Moses.

Dienstag, 25. Januar

Friedenau, 7 1/2 Uhr, im Bürgeraal, Rathaus. Referent Genosse Soldmann-Franken.

Wittenau, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal von Friedr. Schulte, Oranienburger Str. 88-89. Tagesordnung: „Die preussischen Landtagswahlen.“ Regte Agitation ist Pflicht.

Öffentliche Frauerversammlung

11. Distrikt. Montag, abends 7 Uhr, in der Aula des Humboldt-Gymnasiums, Gartenstr. 25. Thema: „Die wirtschaftliche Notlage der Frauen und das Schiebertum.“ Referentin: Genossin Wurm.

Gegen Erbspphilis

Seit Juli 1917 werden in den städtischen Säuglings- und Kleinkinderfürsorgestellen Fälle von Erbspphilis nach dem gegenwärtigen Stand der Wissenschaft behandelt. Die nicht billigen Medikamente werden für Bedürftige aus städtischen Mitteln beschafft. Die Stadt hat sich zu dieser Maßnahme veranlaßt gesehen in der Erkenntnis, daß die gründliche Heilung der Erbspphilis nur durch ausgiebige, mehrfach wiederholte Kuren möglich ist und daß die Kranken unter dauernder ärztlicher Bewachung stehen müssen. Für den größten Teil der Kinder ist diese gründliche Behandlung nur durchführbar, wenn sie unentgeltlich erfolgt. Vom 1. Juli 1917 bis 1. Juli 1919 wurden in den Fürsorgestellen 157 Säuglinge, 48 Kleinkinder, insgesamt 205 Kinder behandelt, 129 Säuglinge traten vor dem 4. Lebensmonat in Behandlung; das ist von Bedeutung, weil erfahrungsgemäß die Erfolge um so besser sind, je früher die Behandlung einsetzt. Schädigungen durch das neben dem Quecksilber verwandte Neosalvarsan gelangten nicht zur Beobachtung. Von den 205 behandelten Kindern sind 38 im Säuglingsalter gestorben; ein Zahl, die mit Rücksicht darauf, daß es sich nur um franke Kinder handelt, als günstig bezeichnet werden muß.

Seht die Wählerlisten ein!

Die Wählerlisten für die Landtagswahl liegen von heute ab von 10 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags, an den Wochentagen von 12 Uhr mittags bis 7 Uhr abends in die Turnhallen der Gemeindefürsorge, die an den Anschlagtafeln bekanntgegeben werden. Es ist notwendig, daß jeder Wähler und jede Wählerin sich vergewissert, ob sie in die Liste eingetragen sind. Wer nicht in der Liste steht, muß seine Nachtragung beantragen, sonst verliert er sein Wahlrecht.

In den Vororten

Lichtenberg. — Die Wählerlisten für die Wahlen zum Preussischen Landtag vom Sonntag, den 23. Januar, bis einschließlich Sonntag, den 30. Januar, an folgenden Stellen aus: 1. Rathaus, Möllendorferstr., Zimmer 25; 2. Restaurant Stahlberg, Hypodienstr. 48; 3. Schule, Friedrichstr. 71, Erdgeschoss; 4. Schule, Kronprinzstr. 10, Zimmer 14; 5. Schule, Schwarzweberstraße 19, Zimmer 22; 6. Schule, Holteistr. 7-9, Zimmer 19; 7. Pestalozzi-Polytechn. Feins-Albert-Str., Hausmeisterzimmer. Die für die einzelnen Ausliegestellen in Betracht kommenden Straßen sind aus den öffentlichen Bekanntmachungen an den Anschlagtafeln zu ersehen. Die Einsichtnahme kann erfolgen: Sonntags von 10 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags, an den Wochentagen von mittags 12 Uhr bis abends 7 Uhr.

Niederschönhausen

Die Wählerliste liegt im Rathaus, Zimmer 21, von Sonntag, den 23., bis einschließlich Sonntag, den 30. Januar, aus, und zwar Sonntag, den 23. und 30., von 10 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags und an den Wochentagen von 12 Uhr mittags bis 7 Uhr nachmittags.

Die Lustbarkeitssteuer im Ausschuß

Der Steueraussschuß der Stadtverordnetenversammlung hat die erste Lesung der Lustbarkeitssteuer fortgesetzt und sich insbesondere mit den Tarifen für Kinos, Theater, Varietés und Zirkusse beschäftigt. Ein Antrag, diejenigen Kinos steuerlich zu begünstigen, die ihre Filme der Gemeinde zur Prüfung unterbreiten, wurde mit sieben gegen sechs Stimmen abgelehnt, ebenso ein anderer Antrag der Deutschen Volkspartei, die Sätze der Magistratsvorlage im § 4, Ziffer 1 zunächst nur für Kinos festzusetzen. Der Beschluß über den Steuerloß für Kinos wurde vertagt, bis das vom Magistrat in Aussicht gestellte Material über höhere Kino-Steuerhöhen in Neukölln und Spandau vorliegt. Bezüglich der Theater wurde gleichfalls von der Deutschen Volkspartei beantragt, die Serienvorstellungen einer höheren Steuer zu unterwerfen. Der Antrag wurde vom Stadtkämmerer als durchführbar bezeichnet, von anderer Seite wurden jedoch Bedenken gegen diese Sonderbesteuerung erhoben, weil dadurch auch die künstlerischen Theater betroffen werden würden. Die Abstimmung hierüber wurde ausgesetzt, bis am nächsten Dienstag noch eine Reihe von Theaterleiterkandidaten, die Direktoren Jegner vom Staatlichen Schau-

spielhaus, Patzsch vom Schillertheater, Hartmann vom Deutschen Opernhaus, Holländer vom Deutschen Theater und Direktor Haller sowie Vertreter des Verbandes der konzertierenden Künstler gehört sind. Angenommen wurden in erster Lesung die vom Magistrat vorgeschlagenen Steuerhöhen für Varietés und Ausstellungen sowie für Zirkusse und sportliche Veranstaltungen, jedoch mit der Maßgabe, daß für diese auf Eintrittspreise über zehn Mark der Steuerloß nur auf 30 Pfennig für jede Mark festgesetzt werden soll.

Verwaltungsbezirk 5. Am Freitag, den 21. Januar, fand die erste Bezirksversammlung des 5. Verwaltungsbezirktes „Friedrichshain“ in diesem Jahre statt. Bei Punkt 1 der Tagesordnung: Neuwahl des Vorstandes wurde der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt, ebenso der 13er Ausschuß. Punkt 3: Wahl eines Ausschusses zur Vorbereitung der Wahlen der Ehrenbeamten des Bezirks und Verteilung der Bezirksverordnungen auf die Stadtbezirke wurden von unserer Fraktion die Genossin Bulst, Genossen Barten, Franke, Wittichus gewählt. In die Kommission zur Entscheidung von Beschwerden über die zuständigen Wohnungsämter und Inspektionen in erster Instanz wurden die Genossen Baier, Goerz und Siemer gewählt. Eine sehr lebhaft abgehaltene Debatte knüpfte sich an die Berichterstattung des Bauausschusses zur Beschaffung der Räume für das Bezirksamt. Der Berichterstatter, Bez.-Abg. Wildemann (S.P.D.) schilderte die Ergebnisse und Erfahrungen der Kommission bei ihren Untersuchungen im Ostbahnhof wie auf dem Städt. Viehhof. Es muß geradezu als Skandalos bezeichnet werden, wie hier mit den Gebäuden umgegangen wird. Die Eisenbahnverwaltung hat den Ostbahnhof an den Generalpächter Broh vermietet, der einen Teil wieder an einen Unterpächter Simon Böhm weiter abvermietet hat. In den Zimmern und Hallen lagern riesige Mengen von Getreide, Futter- und Lebensmitteln, zum Teil direkt den Witterungsunbilden ausgesetzt, so daß dieselben dem Verderben anheimfallen müssen, dazu in einer Zeit, wo so lebhaft Klage geführt wird, daß alle Lebensmittel äußerst knapp sind. Dasselbe Bild auf dem Viehhof. Dort laagern tausende von Tonnen Heringe, aber nicht etwa zur Abgabe an die hungernde Bevölkerung, sondern als Spekulationsobjekt. Auch das Gebahren des Städt. Viehhofinspektors wurde sehr kritisiert, und dem Magistrat nahegelegt, diesem Herrn einmal zu sagen, daß er städt. Beamter ist und nicht Sachverwalter der kapitalistischen Clique, die sich dort auf dem Städt. Viehhof häuslich eingenistet hat. Als passende Räume für das Bezirksamt wurde endlich die alte Webeschule in der Markusstraße ausfindig gemacht und sofort vom Magistrat die Instandsetzung für das Bezirksamt verlangt.

Bezirksversammlung 6 (Halleisches Tor). Am Freitag, den 21., fand eine Sitzung der Bezirksverordneten statt, um eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Zunächst konstituierte sich die Bezirksversammlung. Als 1. Vorsitzender wurde der bisherige Leiter, Genosse Kraak, einstimmig wiedergewählt. Als Stellvertreter fungierten fortan Glode (S.P.D.) und Peters (D.R.P.). Zu Schriftführern wählte man Stobwasser (D.R.P.) und die Genossin Gramach. Alsdann kam ein Antrag Rintorf und Genossen (Kommunisten), welchem am Jahreschluss leitens der bürgerlichen Parteien die Dringlichkeit abgeprochen wurde und demzufolge zurückgestellt wurde zur Verhandlung. Bekanntlich kam es wegen dieses Vorganges am 31. Dezember zu lebhaften und tatkraftigen Zusammenstößen mit den als Zuhörer aktiv mitwirkenden angeleglichen Kommunisten. Es handelt sich um den von den Kommunisten in allen Bezirken gleichlautend gestellten Antrag über die Erwerbslosenfürsorge. Sellheim (Komm.) begründete diese Forderungen und schilderte den Zustand der Erwerbslosen als unhaltbar, der Magistrat sollte dem Antrag seine Zustimmung geben. Unserem Redner, Genossen Looße, ging dieser Antrag nicht weit genug. Wir fordern keine Almosen für die Erwerbslosen, sondern Arbeit. Genosse Looße empfiehlt die Annahme und Zustimmung zu einem Antrag, welche die U. S. P.-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung eingebracht hat, welcher planvoll die Wege vorschreibt, die von der Großberliner Gemeinde beschritten werden müssen. Looße empfiehlt die Überweisung des kommunikativen Antrages als Material und Zustimmung zu den Forderungen unserer Vertreter im Stadtverordnetenkollegium. Hesthold (S.P.D.) stimmt dem Antrag der Unabhängigen Fraktion zu. Aus den Reihen des bürgerlichen Blocks erklärte ein Vertreter die Zustimmung zu dem Antrag unserer Fraktion, welcher einstimmige Annahme fand. Hiernach wurden 7 Kommissionen bestimmt, u. a. zur Begutachtung der Vorlagen über Anstellung und Pensionierung von besoldeten Gemeindebeamten, für die Wahlen von unbesoldeten Gemeindebeamten, für Rechnungssachen usw. In diesen Kommissionen wird unsere Fraktion, welche 20 Mitglieder zählt, je 4 Vertreter delegieren. Da die Kommunisten jedoch mit uns auf einer gemeinsamen Liste ehemals als U. S. P.-Bezirksverordnete gewählt waren, soll der fünf Mann starken kommunistischen Fraktion in jeder Kommission ein Sitz eingeräumt werden. Zum Schluß wurde beschlossen, die Sitzungen der Bezirksverordneten fortan freitags nachmittags 6 Uhr im Realgymnasium, Rittenwalder Str. 31-37, stattfinden zu lassen.

Paße, Bajazzo! Ein Spahmacher im Zirkus Busch, der Clown Richard Merkel, brach freitag abend, als er die Manege betreten wollte, plötzlich tot zusammen. Ein Blutsprung hatte seinem Leben ein Ende gemacht.

Aus der Chronik der Lebensmüden. Das 22 Jahre alte Dienstmädchen Helene L., das bei einer Herrschaft in der Kantstraße wohnte, vergiftete sich in ihrer Kammer mit Leuchtgas. Als man sie auffand, war der Tod bereits eingetreten. Liebestummer soll sie zu der Tat getrieben haben. — Eine Verweilungsstat beging der 17-jährige Fritz H., der bei seiner Mutter in der Siemensstraße wohnte. Er stürzte sich aus einem Fenster der Wohnung im zweiten Stockwerk auf die Straße hinab und war auf der Stelle tot.

Beweggrund: ein unheilbares Lungenleiden. — Die 74 Jahre alte Witwe Minna H. sprang aus einem Fenster ihrer Wohnung in der Kirchstraße vier Stockwerke tief in den Hof hinab und war sofort tot. Das Motiv ist unbekannt.

Das Explosionsunglück in den Spandauer Reichswerken. Die Ursache der schweren Explosion, die sich in den Spandauer Reichswerken ereignete und zwei Todesopfer forderte, ist noch nicht aufgeklärt. Es war bisher nicht möglich, die schwer verletzten sechs Arbeiter, die im Spandauer Krankenhaus untergebracht sind, zu vernehmen. Es soll versucht werden, die Kranken für die Vorgänge bei der Explosion zu befragen. Es ist deshalb noch nicht einwandfrei festgestellt, ob durch die umstürzende Sauerstoffflasche die Explosion verursacht wurde, oder ob eine andere Ursache vorliegt.

Der Nord an dem Jnder Singh ist noch nicht weiter aufgeklärt. Der Polizeipräsident hat eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt.

14. und 15. Distrikt und Charlottenburg. Der Kammermusikabend des Baghatter-Quartetts unter Mitwirkung von Dr. James Simon findet heute abend 7 Uhr in der Aula Zwingstraße 2 statt. Karten Mk. 2.50 an der Kasse.

17. Verwaltungsbezirk (Lichtenberg usw.). Anmeldungen zur Jugendweihe bitten wir umgehend bei Käßner, Schornweberstr. 55, Richter, Eitelstr. 72 oder beim Beginn des Vorbereitungsunterrichts, am 29. Januar, nachmittags 5 Uhr, im Gesangsraum des Jahr-Realgymnasiums, Marktstraße, vorzunehmen. Treptow-Baumhulenkamp. Am Sonntag, den 23., abends 7 Uhr, findet ein Busch-Abend mit Lichtbildern in der Aula des Realgymnasiums, Neue Kreuz-Allee, statt. Rezitation: Emil Kühne. Eintritt 2 Mk., für Kinder 1 Mk. Karten an der Abendkasse.

Arbeitslose Schönebergs! Mittwoch, den 26. Januar, abends 7 Uhr, in der Aula der Hohenzollern-Schule, Belgier-Eds Eisenacher Straße, Versammlung der Arbeitslosen Schönebergs und Friedenau. Die Schöneberger Betriebsräte sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Trotz in Wort und Bild. Ein Lichtbildervortrag, veranstaltet vom Volks-Reise-Verband am Freitag, den 11. Februar 1921, abends 7 Uhr, in der Aula des Sophien-Gymnasiums, Weinmeisterstr. 15. Den Besuchern wird das Programm des V.R.V. in anschaulicher Weise erläutert, und einige Musiknummern sowie Rezitationen werden den Abend abwechslungsreich gestalten. Karten zu 2 Mk. sind in unserer Buchhandlung, im Sporthaus „Fichte“, Köpenicker Str. 108, im Weltpanorama Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 8, bei den Mitgliedern sowie in der Geschäftsstelle des Volks-Reise-Verbandes, Neukölln, Münchener Str. 53, zu haben. Nummer 2 des „Reisegenossen“ ist erschienen und in unserer Buchhandlung erhältlich.

Berliner Bühnen-Spielplan

vom 22. bis zum 31. Januar

Wechselder Spielplan

Städt. Schauspielhaus: 22. Th. 27. 28. 29. 30. Richard 3. 25. Tautou... 26. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.

Jeden Abend

Deutsches Künstler-Th.: Die Schlangengarde. — Th. in der Königsgrabenstraße: Bis einschließlich 25. Salome. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575.

